

**1. Entwurf
für ein
Programm
der Partei
DIE LINKE**

Stand 15.03.2010

Präambel – dafür steht DIE LINKE

I. Woher wir kommen, wer wir sind

II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation

Die neoliberale Wende – Umverteilung und Spekulation
Finanzblase und soziale Spaltung
Die Weltwirtschaftskrise am Beginn des 21. Jahrhunderts
Krise des sozialen Zusammenhalts
Aushöhlung der Demokratie
Die Zentralität der ökologischen Frage
Imperialismus und Krieg

III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert

Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie
Öffentliches und Belegschaftseigentum
Kleine und mittlere Unternehmen
Eine wirkungsvolle demokratische, soziale, ökologische Rahmensetzung

IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

1. Wie wollen wir leben? Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Gute Arbeit
Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
Den Finanzsektor demokratisch kontrollieren und dem Gemeinwohl verpflichten
Förderung strukturschwacher Regionen, Verantwortung in Ostdeutschland
Umverteilung und gerechte Steuern
Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat
Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit

2. Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft

Stärkung der Parlamente und partizipative Demokratie
Stärkung der individuellen Rechte
Einwanderungsland Deutschland
Antidiskriminierung
Emanzipatorische Bildung
Demokratische Wissens- und Kulturgesellschaft
Demokratische Medien
Kirchen und Religionsgemeinschaften
Faschismus und Rassismus bekämpfen

3. Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau

Sozial-ökologischer Umbau
Energiewende
Regionale Wirtschaftskreisläufe und Verkehrswende:

4. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung

Frieden in Solidarität statt terroristische Kriege
Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit
Eine demokratische, friedliche und soziale EU
Internationale Zusammenarbeit und Solidarität

V. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft

Breite linke Bündnisse

Auseinandersetzung mit neoliberaler Ideologie:

Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen:

Ein neuer Politikstil

Europäische und internationale Zusammenarbeit

Innerparteiliche Demokratie und Solidarität

Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft

1 **Präambel – dafür steht DIE LINKE**

2
3 Die Linke steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir sind und werden nicht
4 wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwer-
5 fen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. Wir verfolgen
6 ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut auf-
7 wachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben
8 und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu
9 erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den de-
10 mokratischen Sozialismus.

11
12 Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der einige Hundert Konzerne über die Le-
13 bensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und brutale Ausbeutung,
14 Kriege um Rohstoff- und Absatzmärkte und Imperialismus ganze Länder von Hoff-
15 nung und Zukunft abschneiden. Eine Gesellschaft, in der jede Lebensregung sich
16 rechnen muss, ist inhuman. Wo vor allem der Profit regiert, bleibt kein Raum für De-
17 mokratie. Die ungebändigte Freiheit der Finanzhaie bedeutet Unfreiheit für die Mehr-
18 heit der Menschen.

19
20 Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der Kämp-
21 fe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus, Impe-
22 rialismus und Militarismus. Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwin-
23 den, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden, und in
24 denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden. Wir setzen
25 uns dafür ein, die neuen Möglichkeiten einer Wissens-, Kommunikations- und Kultur-
26 gesellschaft konsequent für eine soziale, demokratische und friedliche Zivilisation
27 und für eine lebenswerte Umwelt zu nutzen. Wir wollen patriarchale Strukturen über-
28 winden. Wir verteidigen die Errungenschaften der Kämpfe für politische, soziale und
29 kulturelle Menschenrechte, für Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat. Wir wollen
30 an diesen Errungenschaften anknüpfen und sie weiter entwickeln.

31
32 Grenzenloser Reichtum für die oberen Zehntausend, Entwürdigung für immer mehr
33 Arme und sinkender Wohlstand für die große Mehrheit sind nicht Ergebnis der Globa-
34 lisierung, sondern des globalen Kapitalismus. Die Konsequenzen für Deutschland
35 sind allgegenwärtig: Zerstörung industrieller Kapazitäten, ein wachsender Hunger-
36 lohnsektor, rücksichtslose Jobvernichtung, Raubbau an sozialen Leistungen, verarm-
37 te Kommunen, fehlende Ausbildungsplätze, soziale Bildungsprivilegien, Zwei-
38 Klassen-Medizin, alte Menschen in Armut oder ohne menschenwürdige Pflege. Die
39 Neoliberalen haben die Interessen der Konzernchefs und Vermögensbesitzer zur po-
40 litischen Leitlinie erhoben. Diese Agenda ist gegen die Interessen der Mehrheit der
41 Menschen gerichtet.

42
43 Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir
44 setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Wider-
45 stand entgegen. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und
46 ringen um eine andere Politik. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Inter-
47 nationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind
48 untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir
49 kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Aus-
50 beutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.

51

52 Gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Bewegungen, mit anderen lin-
 53 ken Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit sind
 54 wir auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative. Wir wollen eine Gesell-
 55 schaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit
 56 jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung Aller wird.
 57 Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Frei-
 58 heit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist,
 59 ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant. Wir kämpfen für
 60 einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestal-
 61 tung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.

62
 63 Unser Programm wird durch die Verknüpfung von drei Grundideen bestimmt.

- 64
 65 • Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch
 66 soziale Gleichheit der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten
 67 Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Ge-
 68 sellschaft, in der die Dominanz des Profits überwunden wurde.
 69
- 70 • Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter solidarische Entwick-
 71 lung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie er-
 72 fordert einen sozialökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle
 73 profitorientierten Wachstums.
 74
- 75 • Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatori-
 76 scher Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch die Vorherrschaft
 77 demokratischer sozialer und ökologischer Kräfte überwunden wird und die
 78 Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.

79
 80 Die LINKE kämpft:

- 81
 82 ➤ **für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung**, die die Marktsteuerung
 83 von Produktion und Verteilung der demokratischen sozialen und ökologischen
 84 Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss dazu auf öffentlichem und
 85 demokratisch kontrolliertem Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesell-
 86 schaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor sowie der
 87 demokratischen Vergesellschaftung weiterer strukturbestimmender Bereiche auf
 88 der Grundlage von staatlichem, kommunalen, genossenschaftlichem oder Beleg-
 89 schaftseigentum beruhen und den privatwirtschaftlichen Sektor strikter Wettbe-
 90 werbskontrolle unterwerfen. In allen Unternehmen sind starke Arbeitnehmer- und
 91 Mitbestimmungsrechte zu sichern.
 92
- 93 ➤ **für ein Recht auf gute, Existenz sichernde Arbeit**, für Vollbeschäftigung und
 94 die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, gegen Billigjobs, Hun-
 95 gerlöhne und gegen den Ersatz regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit oder
 96 Scheinselbstständigkeit. Wir wollen, dass die Menschen Erwerbsarbeit, Arbeit in
 97 der Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde, und schließlich individuel-
 98 le Weiterbildung und Muße selbstbestimmt verbinden können.
 99
- 100 ➤ **für einen sozial-ökologischen Umbau** in Richtung eines nachhaltigen, Res-
 101 sourcen sparenden und Umwelt bewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Wir

- 102 brauchen reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Ener-
 103 gien.
 104
- 105 ➤ **für ein Leben in sozialer Sicherheit**, für eine sanktionsfreie armutsfeste Grund-
 106 sicherung und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss weg, niemand
 107 darf mehr gezwungen werden, Beschäftigung unter Missachtung seiner Qualifika-
 108 tion oder zu Hungerlöhnen anzunehmen.
 109
- 110 ➤ **für eine armutsfeste gesetzliche Rente** für alle Erwerbstätigen, die paritätisch
 111 von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird, den Lebensstandard im Alter
 112 sichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der Finanz-
 113 märkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die Millionen alte Menschen zu einem Le-
 114 ben in Armut verdammt, ist unmenschlich.
 115
- 116 ➤ **für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**, in die
 117 alle Menschen nach Maßgabe ihrer Einkommen einzahlen und die im Bedarfsfall
 118 alle medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Die medizinische
 119 Versorgung darf keine Frage der persönlichen Brieftasche sein.
 120
- 121 ➤ **für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe an**,
 122 die Grundlagen für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben, die aktiven Teilha-
 123 be an der Gesellschaft und demokratisches Engagement schafft. Wir wollen ein
 124 Bildungssystem, das die Gesellschaft durch gemeinsames Lernen eint, Benach-
 125 teiligungen nicht verstärkt, sondern ausgleicht und allen berufliche Möglichkeiten
 126 und Lebensperspektiven eröffnet.
 127
- 128 ➤ **für ein gerechtes Steuersystem**, das Gering- und Mittelverdiener entlastet, Spit-
 129 zenverdiener stärker belastet und große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge
 130 und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und
 131 zum sozial-ökologischen Umbau heranzieht. Wir wollen Einkommen und Vermö-
 132 gen von oben nach unten umverteilen und die Finanzierung der öffentlichen Leis-
 133 tungen sicherstellen und verbessern.
 134
- 135 ➤ **für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg**, für eine Welt oh-
 136 ne Massenvernichtungswaffen, ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bun-
 137 deswehr, ein Verbot von Rüstungsexporten, für zivile Entwicklungsunterstützung
 138 und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung der Dritten Welt. Krieg löst kein
 139 Problem, er ist immer Teil des Problems.
 140
- 141 ➤ **für eine Erneuerung der Europäischen Union** als demokratische, soziale und
 142 Friedensunion, für hohe und stetig zu verbessernde europaweite Mindeststan-
 143 dards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Vermö-
 144 genssteuern, für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und eu-
 145 ropäische Wirtschaftsregierung. Eine EU, die vor allem auf Standortkonkurrenz,
 146 Wettbewerb und Dumpingwettlauf setzt, diskreditiert die europäische Idee.
 147
- 148 ➤ **für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**, gegen die Er-
 149 pressungsmacht großer Konzerne, für ein Verbot von Spenden von Unternehmen
 150 an Parteien wie in Frankreich und die Unvereinbarkeit von politischen und Wirt-
 151 schaftsmandaten, für mehr direkte Demokratie in Form von Volksabstimmungen,
 152 für die Einklagbarkeit von Recht unabhängig vom eigenen Geldbeutel, für politi-

153 sche Streiks und Generalstreik als Kampfmittel der Beschäftigten, für den Ausbau
 154 der Bürgerrechte und die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche. Der Kapi-
 155 talismus zerstört Demokratie durch Wirtschaftsmacht. Deshalb sagen wir: Demo-
 156 kratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne
 157 Ausbeutung und Unterdrückung.

158
 159

160 **I. Woher wir kommen, wer wir sind**

161

162 DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialis-
 163 tischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus an-
 164 deren emanzipatorischen Bewegungen an. Wir bündeln politische Erfahrungen aus
 165 der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

166

167 Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit,
 168 Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels.
 169 Humanismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestimmend
 170 für die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung. Sie forderten die Verwirklichung
 171 von Recht und Freiheit für alle Menschen. Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft
 172 des Kapitals verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für
 173 alle Menschen. Dies haben insbesondere die sozialistischen Theoretiker Marx und
 174 Engels gezeigt.

175

176 Im 19. Jahrhundert organisierten sich Arbeiterinnen und Arbeiter in Gewerkschaften.
 177 Sie setzten der Ausbeutung durch das Kapital Widerstand entgegen, um ihre Inte-
 178 ressen durchzusetzen. Sie kämpften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen,
 179 für höhere Einkommen und Mitbestimmungsrechte. Sie bildeten Genossenschaften
 180 und Vereine, um Alltag und Freizeit solidarisch zu gestalten und Kultur- und Bil-
 181 dungsansprüche zu verwirklichen. Mit der zunehmenden Politisierung der Arbeitermi-
 182 lieus entwickelte die Arbeiterbewegung auch ihre politischen Interessenvertretungen.
 183 Diese wurden von der Staatsmacht mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Sozialreformen
 184 und Sozialistengesetz heftig bekämpft. Trotzdem wurde die Sozialdemokratie an der
 185 Schwelle zum 20. Jahrhundert in Deutschland zu einer mächtigen politischen und
 186 kulturellen Kraft, deren Traditionen uns Verpflichtung sind.

187

188 1914 spaltete der Krieg die deutsche Sozialdemokratie. Die SPD-Führung befürwor-
 189 tete die Politik der nationalistischen Abgrenzung und stimmte schließlich für den
 190 Krieg. Der europäische Zusammenhalt der Arbeiterschaft für den Frieden wurde auf-
 191 gegeben. Gegen diese verheerende Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie
 192 leisteten neben vielen anderen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Widerstand,
 193 den sie mit ihrem Leben bezahlten. Die deutsche Revolution von 1918/19 war eine
 194 sozialdemokratische Revolution, die mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung nie-
 195 dergeschlagen wurde. Gegensätzliche Haltungen zur Revolution in Deutschland und
 196 später auch zur Sowjetunion vertieften die Spaltung der Arbeiterbewegung. Die
 197 USPD, KPD und linkssozialistischer Bewegungen gehören heute ebenso zum histo-
 198 rischen Erbe der Linken wie die Geschichte der Sozialdemokratie.

199

200 Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg befand sich Deutschland bis Sommer 1919 in
 201 einem blutigen Bürgerkrieg, der Tausende von Todesopfern forderte und große Bit-
 202 terkeit hinterließ. Die Konsequenzen waren dramatisch. Denn die Spaltung der Arbei-
 203 terbewegung erleichterte den Aufstieg der Nationalsozialisten und verhinderte ge-

204 meinsamen Widerstand gegen ihre Machtübernahme. Das Ermächtigungsgesetz Hit-
205 lers im Jahre 1933 beendete die Weimarer Demokratie. Der Widerstand von Kom-
206 munistinnen und Kommunisten, von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten,
207 von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und anderen gegen die nun einset-
208 zende nationalsozialistische Barbarei war letztlich erfolglos. Viele sind von den Nazis
209 getötet worden, andere saßen in den Gefängnissen und Lagern oder befanden sich
210 auf der Flucht.

211
212 Die Barbarei und der verbrecherische Krieg der deutschen Nationalsozialisten ver-
213 heerten ganz Europa. Nach dem Krieg wurden unter dem Einfluss der Siegermächte
214 USA und Sowjetunion in Westeuropa bürgerliche Demokratien mit kapitalistischer
215 Wirtschaftsordnung und in Mittel- und Osteuropa Staaten mit sozialistischem An-
216 spruch aufgebaut.

217
218 In Westdeutschland blieben, wie in anderen Ländern Westeuropas, sozialistische
219 Neuordnungsbestrebungen nach dem Krieg erfolglos. Die Kommunistische Partei
220 war in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland schwach und zunehmen-
221 der Repression ausgesetzt, 1956 wurde die KPD verboten. Die SPD blieb während
222 der „Adenauer-Ära“ in der Opposition. Ab 1959 gab sie Zug um Zug ihre Vorstellun-
223 gen einer über den Kapitalismus hinausweisenden Neuordnung von Wirtschaft und
224 Gesellschaft auf.

225
226 Zu den Erfahrungen der Menschen in der Bundesrepublik gehörten zunehmender
227 gesellschaftlicher Wohlstand, an dem auch die unteren gesellschaftlichen Schichten
228 teilhatten, sowie eine parlamentarische Demokratie. Doch gleichzeitig bestanden au-
229 toritäre und obrigkeitstaatliche Strukturen fort. Seit den 1960er Jahren entwickelte
230 sich eine gesellschaftskritische außerparlamentarische Opposition. Das war eine
231 Bewegung für mehr Demokratie, gegen autoritäre Tendenzen, für andere Lebens-
232 entwürfe, für mehr Selbstverwirklichung der Einzelnen, gegen Medien- und Kapital-
233 macht.

234
235 Die Gewerkschaften setzten in harten Auseinandersetzungen Lohnsteigerungen, Ar-
236 beitszeitverkürzungen und verbesserte sozialstaatliche Leistungen durch. Mehr De-
237 mokratie sollte in Wirtschaft und Gesellschaft möglich sein. Die Erfahrungen dieser
238 Kämpfe zeigen allerdings auch, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft die Demo-
239 kratie an den Werkstufen und Ladentüren endet. Ständige Auseinandersetzungen
240 sind notwendig, um die Achtung der Menschenwürde, akzeptable Arbeitsbedingun-
241 gen und das Recht auf Privatsphäre auch in den Betrieben zu gewährleisten.

242
243 Eine neue Frauenbewegung bildete sich, um gegen patriarchale, Frauen unterdrü-
244 ckende und benachteiligende Strukturen im Öffentlichen wie im Privaten zu kämpfen.
245 Auf dem Weg zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse mit dem Ziel einer ge-
246 schlechtergerechten Gesellschaft erwies sich die Gleichstellung von Männern und
247 Frauen als ein wesentlicher Schritt.

248
249 Die Umweltbewegung entstand und setzte sich für eine naturverträgliche Produkti-
250 ons- und Lebensweise und gegen die Nutzung der Atomkraft ein. Internationalisti-
251 sche Gruppen unterstützten Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und A-
252 sien und stritten für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit.

253

254 Die Friedensbewegung forderte Abrüstung und vor allem die Beseitigung von Mas-
255 senvernichtungswaffen. Sie unterstützte und prägte die Entspannungspolitik, der es
256 in den 1970er und 1980er Jahren gelang, die gefährliche Blockkonfrontation der
257 Nachkriegszeit aufzuweichen und so zu entschärfen. Der SPD-Vorsitzende und Bun-
258 deskanzler Willy Brandt knüpfte mit seiner Friedens- und Entspannungspolitik be-
259 bewusst an das Gründungsverständnis der Sozialdemokratie an, dass Humanität und
260 Krieg einander ausschließen und mehr Demokratie der Weg gesellschaftlicher Ver-
261 änderung sein solle. Er erhielt dafür den Friedensnobelpreis, wie später der General-
262 sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow. Dieser
263 forderte durch weitreichende Abrüstungsangebote und den Abzug der sowjetischen
264 Truppen aus Afghanistan 1988 zu neuem Denken auf.

265
266 Im Osten Deutschlands prägte der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte der
267 Menschen in widersprüchlicher Weise. Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für
268 den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifa-
269 schistisches Deutschland ein. Im April 1946 wurde die Sozialistische Einheitspartei
270 Deutschlands gegründet. Der Zusammenschluss von SPD und KPD wurde mit dem
271 gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus gerechtfertigt. Doch erfolgte er
272 unter Druck. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihm Widerstand
273 entgegensetzten, wurden verfolgt. Die große Mehrheit der Kommunistinnen und
274 Kommunisten und zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SPD unterstützte jedoch
275 die Vereinigung. Sie sollte eine Lehre aus Jahrzehnten der Spaltung der deutschen
276 Arbeiterbewegung sein.

277
278 Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung
279 von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitge-
280 gehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein
281 hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen so-
282 wie in der Kultur. Auf der anderen Seite standen Erfahrungen staatlicher Willkür und
283 eingeschränkter Freiheiten. Wichtige Reformansätze wurden nach kurzer Zeit immer
284 wieder autoritär abgewürgt. Die Demokratie blieb auf der Strecke, und eine ökologi-
285 sche Orientierung hatte keine Chance. Die Zentralisation der ökonomischen Ent-
286 scheidungen und die bürokratisierte Form der Planung und Leitung der Volkswirt-
287 schaft sowie die weitgehende Einschränkung betrieblicher Selbständigkeit führten
288 langfristig zu einem Zurückbleiben der Innovations- und Leistungsfähigkeit. Damit
289 sank die Anziehungskraft des ökonomischen Modells der DDR. Es ist deutlich ge-
290 worden: Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes de-
291 mokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert
292 wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Deshalb
293 gehörte zum Gründungskonsens der PDS – einer der Vorläuferparteien der LINKEN
294 – der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus.

295
296 Teile der Bürgerbewegung der DDR, darunter auch Reformerrinnen und Reformer
297 innerhalb der SED, setzten sich im Herbst 1989 für einen friedlichen, demokrati-
298 schen, sozialen und ökologischen Aufbruch und einen politischen Wandel zu einem
299 besseren Sozialismus ein. Doch 1990 scheiterte dieses Projekt. Es gelang ebenso
300 wenig, eine demokratische Neubegründung des vereinigten Deutschland durchzu-
301 setzen. Aus dem demokratischen Aufbruch im Osten wurden ein bloßer Beitritt und
302 ein für viele Menschen schmerzlicher sozialer Absturz. Auf der einen Seite gab es
303 einen Zugewinn an demokratischen Rechten, individueller Freiheit, rechtsstaatlicher
304 Sicherheit und internationaler Öffnung. Auf der anderen Seite einen wirtschaftlichen

305 und sozialen Niedergang vieler ostdeutscher Regionen und die Aneignung ostdeut-
 306 schen Staatseigentums durch internationale Konzerne mithilfe der Treuhandanstalt.

307
 308 Im vereinten Deutschland wurden die Errungenschaften und Erfahrungen der Ost-
 309 deutschen nicht genutzt. In einem schwierigen und selbstkritischen Prozess ging aus
 310 der ehemaligen SED die Partei des Demokratischen Sozialismus hervor. Sie behaupt-
 311 tete sich als unabhängige Kraft und erstarkte mit ihrem Anspruch, Interessen der
 312 Menschen in Ostdeutschland politisch zu vertreten. Ihre Versuche, Menschen in
 313 Westdeutschland zu gewinnen, hatten jedoch nur geringe Erfolge.

314
 315 Die Linke in Deutschland war lange Zeit in der Defensive. Sie war schwach und mar-
 316 ginalisiert, und wenn sie innerhalb der Sozialdemokratie politische Veränderungen
 317 anstrebte, waren die Handlungsmöglichkeiten sehr eng. Teile der Linken setzten auf
 318 die Grünen oder kleinere sozialistische und kommunistische Organisationen. Viele
 319 der in Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen aktiven Linken hatten
 320 keine Bindung zu einer Partei.

321
 322 Das Projekt „Rot-Grün“, von vielen mit hohen Erwartungen begrüßt, enttäuschte ab
 323 1999, da es soziale und ökologische Ziele den Interessen des Kapitals unterordnete
 324 und die Tür für internationale Kriegseinsätze deutscher Soldaten öffnete. In rasantem
 325 Tempo wandten sich die SPD und die Grüne Partei von Grundsätzen sozialer Ge-
 326 rechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und den Interessen der Bevölkerungsmehr-
 327 heit an einer friedlichen Welt ab. Die „neue Sozialdemokratie“ stand für den Abbau
 328 des Sozialstaats und Umverteilung von unten nach oben. Das „Hartz IV“-Gesetz und
 329 die „Agenda 2010“ führten zum endgültigen Bruch vieler sozial und links gesinnter
 330 Menschen mit SPD und Grünen und zur Entwicklung einer neuen politischen Kraft,
 331 der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG).

332
 333 Im Jahr 2007 haben sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE
 334 vereinigt. Wir laden alle Menschen ein, die eine andere Politik und eine bessere Welt
 335 wollen, die für Freiheit und Gleichheit eintreten, für Emanzipation und soziale Ge-
 336 rechtigkeit, für internationale Solidarität, Frieden und Ökologie.

337
 338 Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System, zu
 339 seinen Krisen und Ungerechtigkeiten: eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur,
 340 die auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Un-
 341 terdrückung. Wir wollen sie gemeinsam erkämpfen.

342

343

344 **II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation**

345

346 Das Kapital treibt Produktivität, Erfindungsgeist und Innovation voran, wo immer es
 347 damit Profite machen kann. Zugleich werden Arbeitsplätze vernichtet, Wohlstand
 348 zerstört und an der Natur Raubbau betrieben. Auch blutige Kriege werden in Kauf
 349 genommen, wenn auf diese Weise Profite gesteigert und gesichert werden können.

350

351 Der Kapitalismus hat in den zwei Jahrhunderten seiner Existenz unermesslichen
 352 Reichtum hervorgebracht und in vielen Ländern den Wohlstand großer Teile der Be-
 353 völkerung erhöht. Zugleich bleiben Milliarden Menschen von diesem Reichtum aus-
 354 geschlossen. Die soziale Ungleichheit ist größer geworden, die Kluft zwischen Armut
 355 und Reichtum klafft immer weiter. Die Krisen der kapitalistischen Marktwirtschaft ha-

356 ben Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverluste zur Folge. Zwar hat der Kapitalismus die technologischen Voraussetzungen geschaffen, um Armut für immer zu
 357 überwinden. Doch er zementiert eine Weltordnung, in der alle fünf Sekunden ein
 358 Kind verhungert und mehr als eine Milliarde Menschen zu wenig zu Essen haben
 359 und keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.
 360

361
 362 Auch in der westeuropäischen Nachkriegsentwicklung lässt sich diese Widersprüchlichkeit
 363 finden. Die Idee einer „sozialen Marktwirtschaft“ war eine Antwort auf den
 364 Schock von Krise, Faschismus und Krieg und resultierte daher aus den Erfahrungen
 365 mit einem entfesselten barbarischen Kapitalismus. Sie war die Antwort auf die Kämpfe
 366 starker Gewerkschaften, antikapitalistischer Bewegungen und sozialdemokratischer,
 367 sozialistischer und kommunistischer Parteien. Auch die Existenz des „sozialistischen
 368 Lagers“ war eine Herausforderung, auf die mit sozialstaatlichen
 369 Zugeständnissen reagiert wurde. Soziale Sicherungssysteme wurden ausgebaut,
 370 demokratische Rechte ausgeweitet, der Wohlstand stieg.
 371

372 Die „soziale Marktwirtschaft“ stellte einen Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital
 373 dar, der die Herrschaft des Kapitals nicht in Frage stellte. Das Modell funktionierte,
 374 solange schnelle Produktivitätsfortschritte und hohe Wachstumsraten die Profite
 375 der großen Unternehmen stabilisierten und starke gewerkschaftliche und demokratische
 376 Gegenmächte existierten.
 377

378 Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre markiert das Ende dieser „goldenen Jahre“
 379 hohen Wachstums. Nach und nach zeigte sich, dass die lange Nachkriegsperiode
 380 wirtschaftlichen Aufschwungs eine Ausnahme war. Der Kapitalismus kehrte zu seiner
 381 Normalität zurück, einschließlich periodisch auftretender Krisen- und Stagnationsphasen.
 382 Die Zahl der aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten stieg und verfestigte sich zu
 383 struktureller Massenarbeitslosigkeit. Die gewonnene wachsende Individualität
 384 vieler Menschen wurde zunehmend zu Individualismus in der Konkurrenz gegeneinander.
 385 Mit wachsenden Erwerbslosenzahlen und schwächer werdenden Gewerkschaften
 386 und politischen Gegenkräften wurden die Ansprüche der Kapitaleigner wieder
 387 aggressiver. Sie wurden untermauert durch die wachsende Macht der Konzerne,
 388 deren Erpressungspotenzial durch zunehmende Aktivitäten auf dem internationalen
 389 Markt stark gestiegen war. Sie konnten die Politik „ins Schlepptau“ nehmen, und die
 390 hat es mit sich geschehen lassen.
 391

392 **Die neoliberale Wende – Umverteilung und Spekulation**

393
 394 Die neoliberale Wende seit den 1970er Jahren diente vor allem dem Ziel, die Profitrate
 395 der großen Konzerne nach oben zu treiben. Zentrale Mittel zu diesem Ziel waren
 396 die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die politische Schwächung der Gewerkschaften,
 397 um das Lohnniveau zu drücken. Soziale Rechte und Leistungen wurden abgebaut und
 398 Steuern auf Gewinne und Kapital gesenkt, um die Unternehmen zu entlasten und ihre
 399 Flexibilität zu erhöhen. Umfassende Privatisierungen zuvor öffentlicher Unternehmen
 400 und Dienstleistungen und sozialer Sicherungen eröffneten dem Kapital zusätzliche
 401 profitable Anlagesphären. Die herrschende Klasse versucht, sich den mit technologischen
 402 Umwälzungen weiter wachsenden gesellschaftlichen Reichtum als Zuwachs ihres privaten
 403 Vermögens und ihrer Macht anzueignen.
 404

405 Die neoliberale Ausrichtung wurde mit dem Zusammenbruch des Währungssystems
 406 der Nachkriegszeit und der Aufgabe regulierter fixer Wechselkurse zu Beginn der

407 1970er Jahre eingeleitet. Zunächst wurden die Währungsmärkte und im Anschluss
 408 daran die globalen Finanzmärkte mehr und mehr liberalisiert. Die Entwicklungsländer
 409 wurden zur Öffnung ihrer Volkswirtschaften, zum Abbau von Kapitalverkehrskontrol-
 410 len, zur Beschränkung von Sozialausgaben und zur Privatisierung öffentlicher Güter
 411 gezwungen. Der neoliberale Siegeszug fand seinen Höhepunkt mit dem Übergang
 412 zu kapitalistischen Marktwirtschaften in Osteuropa und in den Nachfolgestaaten der
 413 Sowjetunion.

414
 415 Im Ergebnis haben die nationalen Staaten die Bildung wichtiger Preise auf den
 416 Weltmärkten, wie Wechselkurse und Zinsen, aus der Hand gegeben und der Speku-
 417 lation von Banken und Devisenhändlern überlassen. Der globale Kapitalkreislauf be-
 418 trägt heute ein Vielfaches des Weltsozialprodukts. Plötzliche Richtungsänderungen
 419 der Kapitalströme können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen. Mit der
 420 Deregulierung der Finanzmärkte wurde aber nicht nur ein zusätzlicher Hort der Insta-
 421 bilität erzeugt. Die deregulierten Finanzmärkte eröffneten zugleich ein weites Feld
 422 spekulativer Profiterzielung, auf das sich wachsende Teile der wirtschaftlichen Aktivi-
 423 tät im globalen Kapitalismus konzentrieren.

424
 425 Auch die Europäische Union, deren Gründung einst dazu beigetragen hatte, den
 426 Frieden in Europa zu sichern, entwickelte sich zunehmend zu einem Motor der neoli-
 427 beralen Umgestaltung. Städte, Regionen und Länder konkurrieren auf einem ge-
 428 meinsamen Binnenmarkt mit möglichst niedrigen Steuersätzen, laschen Umweltauf-
 429 lagen, mit niedrigen Löhnen und Sozialabgaben. Die Standortkonkurrenz führt zu
 430 einem Dumpingwettbewerb mit verheerenden Auswirkungen nicht zuletzt auf die Ein-
 431 nahmen der öffentlichen Haushalte. Damit waren die Absenkung der Staatsquote,
 432 umfassende Privatisierungen und eine allmähliche Zerstörung des „europäischen
 433 Sozialmodells“ vorgezeichnet. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den von den
 434 Europäischen Verträgen, der Kommission und dem Europäischen Gerichtshof er-
 435 zeugten Liberalisierungs- und Deregulierungsdruck.

436 437 **Finanzblase und soziale Spaltung**

438
 439 Der neoliberale Kapitalismus führt dazu, dass sich über einer stagnierenden Real-
 440 wirtschaft eine gewaltige Finanzblase aus Geldvermögen und Schulden aufbläht.
 441 Steigende Gewinne und die Umverteilung der Einkommen zugunsten von Kapitalbe-
 442 sitzern und Besserverdienenden bewirken einen riesigen Überschuss an weltweit
 443 Anlage suchendem Kapital. Zusätzlich verstärkt wird dies durch weltweite Privatisie-
 444 rungstendenzen in der Altersvorsorge und weiteren sozialen Sicherungssystemen.

445
 446 Zugleich verschärfen die Abkoppelung der Löhne von der Entwicklung der Produktivi-
 447 tät und sinkende Sozialeinkommen das Problem industrieller Überkapazitäten und
 448 entmutigen reale Investitionen. Eine Ökonomie der Enteignung macht Mehrheiten
 449 ärmer, um die Reichen reicher zu machen. Dass wir in einer Klassengesellschaft le-
 450 ben, lässt sich an der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Ver-
 451 mögen ablesen.

452
 453 Drei Jahrzehnte Wirtschaftswachstum sind an vielen Menschen vorbei gegangen,
 454 und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. In den Entwicklungsländern er-
 455 öffneten sich für Millionen Menschen, insbesondere für Frauen Möglichkeiten der Er-
 456 werbsarbeit und damit der Emanzipation. Doch zugleich wurden sie neuen kapitalisti-
 457 schen Zwängen unterworfen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und natürliche

458 Lebensräume wurden zerstört. Die Lebensverhältnisse von Niedrigverdienern und
 459 Erwerbslosen in den Industrieländern haben sich wesentlich verschlechtert. Viele
 460 wissen nicht mehr, wie sie ihr tägliches Leben und das ihrer Kinder finanzieren sol-
 461 len. Immer mehr junge Menschen sind schlecht ausgebildet und starten ohne Chan-
 462 ce und Perspektive ins Leben. Inzwischen gehören informelle und prekäre, unterbe-
 463 zahlte und sozial ungesicherte Arbeit zur Normalität. Mehr Eigenverantwortung in der
 464 Arbeit für viele hat sich unter diesem Druck mit verstärkter Auslieferung und Selbst-
 465 anpassung an Unterordnungs- und Herrschaftsverhältnisse verbunden.

466
 467 Die neoliberale Politik hat keines ihrer Versprechen eingelöst. Statt für mehr Leis-
 468 tungsgerechtigkeit steht sie für eine rabiate Umverteilung zu Lasten der Arbeitenden
 469 und zum Vorteil leistungsloser Zins- und Dividendeneinkommen. Mehr Eigenverant-
 470 wortung statt Sozialstaat hat zu mehr Ausgrenzung und Armut geführt. Nicht mehr
 471 Wettbewerb, sondern eine beispiellose Konzentration von Wirtschaftsmacht ist ihre
 472 Folge.

473
 474 Um die Nachfrage trotz der Angriffe auf die Masseneinkommen zu steigern, wurden
 475 in den USA, aber auch anderen Ländern, Rahmenbedingungen für eine immer ex-
 476 zessivere Konsumentenverschuldung geschaffen. Das amerikanische Modell, sin-
 477 kende Löhne durch steigende Schulden auszugleichen, war zugleich die Vorausset-
 478 zung für die riesigen Exportüberschüsse anderer Länder, so der Bundesrepublik
 479 Deutschland. Auch die steigende Verschuldung des US-Staates zur Finanzierung
 480 von Rüstung und Kriegen hat zum Aufblähen der Finanzblase beigetragen.

481
 482 In den großen Wirtschaftskonzernen selbst haben schuldenfinanzierte Übernahmen
 483 und Aktienrückkaufprogramme zur Steigerung der kurzfristigen Rendite zunehmend
 484 reale Investitionen in neue Anlagen und Technologien sowie innovative Forschung
 485 und Entwicklung verdrängt. Großanleger und Finanzinvestoren nötigen Unterneh-
 486 men, in deren Aktien sie für oft nur kurze Zeit investieren, zu rücksichtslosen Ratio-
 487 nalisierungsschüben, zur Abtrennung von weniger rentablen Firmenteilen, zur Sen-
 488 kung von Löhnen, Arbeits- und Sozialstandards. Selbst hochproduktive Unternehmen
 489 mit achtbaren Gewinnen und niedrigem Lohnkostenanteil werden so zur Entlassung
 490 von Tausenden oder gar zur Schließung getrieben.

491
 492

493 **Die Weltwirtschaftskrise am Beginn des 21. Jahrhunderts**

494
 495 Die tiefe Weltwirtschaftskrise, die im Jahr 2008 begann, ist die Krise einer Wirt-
 496 schaftsordnung, die allein für den Profit produziert und für die Bedarf nur dann exis-
 497 tiert, wenn er sich als zahlungskräftige Nachfrage geltend macht. Eine Konjunkturkri-
 498 se, eine Strukturkrise und die Krise der internationalen Finanzmärkte haben sich zur
 499 schwersten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise seit 1929 zugespitzt. Mit dieser Krise
 500 ist ein globales Modell an seine Grenzen gelangt, das die Entwicklung des Kapitalis-
 501 mus in den vergangenen drei Jahrzehnten geprägt und getragen hatte.

502
 503 Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung
 504 wurde in diesem Lande in extremer Weise auf Exportsteigerung ausgerichtet und da-
 505 von abhängig. Den Exportüberschüssen entsprechen enorme Kapitalexporte deut-
 506 scher Unternehmen. Dabei geht es nicht nur um produktive Direktinvestitionen, son-
 507 dern in großem Umfang um Kredite oder den Ankauf von Anleihen und
 508 Wertpapieren, darunter auch massenhaft von heute weitgehend wertlosen „Giftmüll“-

509 Papieren. Deutsche Unternehmen und reiche Geldvermögensbesitzer haben so in
510 erheblichem Maße zur Finanzierung der US-Verschuldung und damit zur Entwicklung
511 der Weltfinanzkrise beigetragen.

512
513 Politisch geförderter Druck auf die Arbeitsentgelte hat das Exportwachstum begünstigt.
514 Die Kürzung öffentlicher Sozialausgaben hat in die gleiche Richtung gewirkt, die
515 Verteilung zu Lasten der Lohn- und Gehaltsabhängigen verschlechtert und die Binnennachfrage
516 dauerhaft geschwächt. Deutschland hat mittlerweile von allen Mitgliedsländern der Europäischen Union
517 einen der geringsten Beschäftigtenanteile im öffentlichen Dienst. Ergebnis war eine schwache und
518 gespaltene Wirtschaftsentwicklung. Sie dient nur den Exportsektoren, ist im Interesse der Konzerne
519 und des Finanzkapitals. Sie erfolgt auf Kosten der Beschäftigten und der für den inländischen
520 Bedarf produzierenden, also der großen Mehrzahl der kleineren und mittleren Betriebe.
521 Schwache Wirtschaftsentwicklung und schwindende Steuereinnahmen aufgrund
522 von Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche haben die Finanzkrise der öffentlichen
523 Haushalte verschärft. Diese wiederum dient zur Begründung weiterer Ausgabenkürzungen,
524 von Personalabbau und Privatisierungen der noch verbliebenen öffentlichen Güter und Unternehmen.

525
526
527
528 Deutschland ist durch die Exportlastigkeit der Wirtschaft verwundbar geworden.
529 Wenn die Nachfrage aus anderen Ländern zurückgeht, weil ihre Handelsbilanzdefizite,
530 die ja die notwendige Kehrseite der deutschen Exportüberschüsse sind, nicht unbegrenzt
531 finanziert werden können, führt dies zu einer dramatischen Unterauslastung der industriellen
532 Kapazitäten in der Bundesrepublik. Ohne staatliches Gegensteuern droht die De-Industrialisierung
533 ganzer Regionen und weiter steigende Arbeitslosigkeit.

534
535
536 Diese Entwicklungen zeigen: Der Kapitalismus ist nicht nur sozial ungerecht. Er unterminiert
537 auch die produktiven Grundlagen der Ökonomie. Er führt zu einer systematischen Fehlsteuerung
538 der Wirtschaft, zum Aufbau riesiger Überkapazitäten und an anderer Stelle zu einer gravierenden
539 Unterversorgung und zu gewaltigen ökologischen Schäden. Sein Ergebnis sind bedrohliche
540 globale Ungleichgewichte und die Zerstörung von Produktion und Produktivität, von Arbeitsplätzen
541 und Wohlstand, von Innovation und Kreativität. Er ruiniert die Mittelschichten und bewirkt eine
542 extreme Einkommens- und Vermögenskonzentration bei den Reichsten, die die Finanzmärkte
543 aufbläht und die Nachfrage auf den Gütermärkten stranguliert.

544
545
546 Die neoliberale Politik hat durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung die
547 Wurzeln für die gegenwärtige Krise gelegt, die sich, wenn nicht politisch gegengesteuert wird,
548 zur Katastrophe auswachsen kann. Der ideologische und politische Bankrott des Neoliberalismus
549 ist offenkundig. Als erster Schritt ist ein grundlegender Richtungswechsel der ökonomischen
550 und gesellschaftlichen Entwicklung notwendig, ein sozial-ökologischer Umbau. Die nachhaltige
551 Überwindung der wirtschaftlichen Krise und Massenarbeitslosigkeit, der sozialen Krise und der
552 Energie- und Klimakrise erfordert eine andere Wirtschaftsordnung, die nicht mehr vom Streben
553 nach maximalem Profit beherrscht wird.

554
555
556 Dieser neoliberale Kapitalismus ist heute in der Krise und beschwor zugleich eine
557 Krise der Zivilisation herauf. Die Unterordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unter die
558 Kapitalverwertung bedroht die Existenz der menschlichen Zivilisation. Der Finanzmarkt-Kapitalismus
559 hat die Elemente einer vierfachen Krise aufgehäuft. Sie be-

560 treffen die Fragen von Macht und Eigentum, das Verhältnis von Natur und Gesell-
 561 schaft, die Produktions- und Lebensweise und die Fragen von Sicherheit und Ent-
 562 wicklung.

563

564 **Krise des sozialen Zusammenhalts**

565

566 Es ist eine *Krise des sozialen Zusammenhalts* entstanden, die eng mit einer Sinnkri-
 567 se verbunden ist. Immer mehr Menschen werden in extreme Unsicherheit und wach-
 568 sende Armut gezwungen. Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile
 569 der Bevölkerung – darunter in zunehmendem Maß auch hoch qualifizierter Arbeits-
 570 kräfte. Während viele im Arbeitsprozess kreativ herausgefordert sind, werden andere
 571 gezwungen, auch die unsinnigste Arbeit zu jedem Preis anzunehmen. Das Bildungs-
 572 system trägt zur sozialen und kulturellen Spaltung der Gesellschaft bei. In vielen
 573 Ländern nehmen Rassismus und Faschismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit
 574 zu. Migrantinnen und Migranten sind von menschenrechtswidrigen Abschiebungen
 575 bedroht. Repressive Elemente in der Innenpolitik werden ausgeweitet.

576

577 **Aushöhlung der Demokratie**

578

579 Der Finanzmarkt-Kapitalismus stürzt eine demokratische Gesellschaft in die Krise.
 580 Die Möglichkeit demokratischer Einflussnahme und Mitgestaltung schwindet in dem
 581 Maße, wie die Macht der Konzerne und Finanzmogule zunimmt und die Privatisie-
 582 rung und Liberalisierung der Ökonomie die politischen und öffentlichen Gestaltungs-
 583 spielräume verringern. Die Gewinne der Globalisierung werden privatisiert, die Ver-
 584 luste sozialisiert. Gleichzeitig wird der repressive Überwachungsstaat ausgebaut. Die
 585 Rechte von Staatsbürgerinnen und -bürgern werden geschwächt und ihre Verwirkli-
 586 chung hängt immer stärker vom persönlichen Einkommen ab. Wer davon zu wenig
 587 hat und gleichzeitig von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen wird, reagiert oft
 588 mit Politikverdrossenheit. So entsteht ein gefährlicher Teufelskreis der Unterhöhlung
 589 eines demokratischen Systems durch ökonomische Macht und der hilflosen Reaktion
 590 darauf.

591

592 Es entwickelt sich eine *Krise der Demokratie und der gesellschaftlichen Regulation*.
 593 Die globalen Herrschaftseliten entscheiden nicht im Interesse der großen Mehrheit
 594 der Weltbevölkerung. Sie haben sich als unfähig und nicht willens erwiesen, die Rich-
 595 tung der globalen Entwicklung sozial und ökologisch zu verändern. Die Staaten und
 596 die Weltgesellschaft bleiben Geisel der Vermögensbesitzer und Spekulanten. Stand-
 597 ortkonkurrenz und der Kampf um knappe Ressourcen liefern ganze Kontinente und
 598 große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung einem hemmungslosen Unterbietungs-
 599 wettbewerb, dem Sozialabbau und der Ausplünderung aus. Die erkämpfte Demokra-
 600 tie, die eroberten individuellen Freiheiten und die sozialstaatlichen Fortschritte wer-
 601 den durch die Vorherrschaft einer globalen Oligarchie untergraben.

602

603 **Die Zentralität der ökologischen Frage**

604

605 Der globale Kapitalismus versagt nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch ö-
 606 kologisch. Er orientiert Entscheidungen auf immer kürzere Zeithorizonte. Es wird auf
 607 Wechselkursschwankungen, auf Kursänderungen von Wertpapieren und Aktien, auf
 608 Zinsdifferenzen und Veränderungen von Preisen für Immobilien und Ressourcen
 609 spekuliert. Entscheidungen mit längerfristiger Perspektive und die Berücksichtigung
 610 langer Zyklen der Natur stehen in tiefem Widerspruch zum kurzfristigen Profitkalkül.

611 Das Wachstum der vergangenen 250 Jahre basierte vor allem auf der Nutzung fossi-
 612 ler Energieträger, zunächst der Kohle und seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts von
 613 Erdöl und Erdgas. Die Öl-, Kohle- und Gasreserven jedoch sind begrenzt. Der Höhe-
 614 punkt der Förderung wird in absehbarer Zeit erreicht sein. Danach wird das Angebot
 615 von fossiler Energie rückläufig sein, während die Nachfrage infolge des immer noch
 616 riesigen Bedarfs an fossilen Energien in den Industrieländern und den Schwellenlän-
 617 dern steigt. Unter kapitalistischen Bedingungen wird dies die Preise der fossilen E-
 618 nergieträger und dabei auch die Profite der Energiekonzerne hochtreiben und auf
 619 diese Weise auch ihre gesellschaftliche und politische Macht weiter stärken.

620
 621 Es ist zu einer *Krise der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, einer Krise der*
 622 *Reproduktion* gekommen. In vielen Ländern ist nicht einmal die Ernährung der Be-
 623 völkerung gesichert. Die heutigen Gesellschaften zehren von der Substanz. Die dro-
 624 hende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und
 625 die beschleunigte Vernichtung der biologischer Vielfalt einerseits und die Spaltung
 626 der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in
 627 ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten
 628 einer Medaille. Die Menschen sind von Klimaerwärmung und sozialer Kälte bedroht.
 629 Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden.

630
 631 Die große Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel.
 632 Dürregebiete weiten sich aus, Gletscher schmelzen, Flusspegel sinken, der Meeres-
 633 spiegel steigt, Landstriche werden überflutet. Ungewöhnliche Wetterereignisse häu-
 634 fen sich. Menschen werden zur Migration gezwungen. Um den Anstieg der Tempera-
 635 turen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energien radikal
 636 eingeschränkt werden. Technische Lösungen wie die Kohlendioxidspeicherung ha-
 637 ben unkalkulierbare Risiken und Nebenwirkungen und verzögern nur den notwendi-
 638 gen Umbau. Auch die bisherigen Erfahrungen mit dem Emissionshandel in Europa
 639 sind enttäuschend. Es ist zu befürchten, dass die gehandelten Zertifikate als Wertpa-
 640 piere wie andere verbrieft Papiere auch zu spekulativen Zwecken genutzt werden.
 641 Der Erwerb von Emissionsrechten durch die Verursacher von Treibhausgasen in den
 642 Industrieländern von den Entwicklungsländern ist ein zynisches Tauschgeschäft von
 643 Umweltverschmutzung gegen Armut. Immer deutlicher wird: Eine ökologisch nach-
 644 haltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die
 645 ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Sys-
 646 temfrage.

647

648 **Imperialismus und Krieg**

649

650 Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff auf
 651 alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie
 652 auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Dazu nutzen sie ihre ökonomische
 653 und militärische Vormachtstellung und ihre beherrschende Rolle in den internationa-
 654 len Handels- und Finanzinstitutionen. Der heutige Imperialismus stützt sich vor allem
 655 auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung.

656

657 Imperiale Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische,
 658 politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte. Kriege entspringen
 659 darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawandel, aus Verknappung
 660 und ungerechter Aneignung von Naturressourcen. Sie führen zu weiteren militäri-
 661 schen, ethnischen und religiösen Konflikten, dem Zerfall von Staaten, zu Fundamen-

662 talismus und Terrorismus. Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen
 663 werden auch Gewalt und Kriege zum Mittel der Politik. Oft geschieht dies unter dem
 664 Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder gegen „Schurkenstaaten“. Be-
 665 sonders fatal ist dabei die Begründung von militärischen Interventionen mit dem
 666 Schutz von Menschenrechten. Nach dem Ende der Systemauseinandersetzung ist in
 667 den 1990er Jahren der Krieg auch nach Europa zurückgekehrt. Deutschland war ei-
 668 ne treibende Kraft im Krieg gegen Jugoslawien, unterstützt direkt und indirekt den
 669 illegalen Krieg der USA im Irak und beteiligt sich am Krieg in Afghanistan.

670
 671 Die Gefahr ist groß. Ein neuer Imperialismus in einem „entdemokratisierten“ Raum
 672 entsteht. Mächtige Fraktionen der Machteliten der Vereinigten Staaten haben deren
 673 globale Vorherrschaft zum Ziel. Auch die EU versucht zunehmend aggressiv, in der
 674 weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre
 675 Stellung auszubauen. Kriege einschließlich präventiver Angriffskriege gelten führen-
 676 den Kräften der USA, der NATO und der EU wieder als taugliche Mittel der Politik.
 677 Das globale Netz von ausländischen Militärstützpunkten wurde ausgebaut. Der
 678 Schutz der Menschenrechte wird dazu missbraucht, Kriege zu legitimieren.

679
 680 Die EU, deren große friedenspolitische Leistung darin besteht, dass in der Europäi-
 681 schen Union seit mehr als einem halben Jahrhundert kein Krieg mehr geführt wurde,
 682 beteiligt sich außerhalb ihres Territoriums zunehmend an Kriegen: Dem Krieg zur
 683 Auflösung Jugoslawiens folgte die Beteiligung an den Aggressionen gegen Afghanis-
 684 tan und den Irak durch EU-Mitgliedstaaten. Die wachsende Bedeutung militärischer
 685 Mittel für die EU spiegelt sich im Grundlagenvertrag von Lissabon wider. Er enthält
 686 nicht nur eine Aufrüstungsverpflichtung, sondern ermöglicht auch die Beteiligung von
 687 EU-Kampfverbänden an internationalen Konflikten.

688
 689

690 **III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert**

691
 692 Der Kapitalismus ist nicht „das Ende der Geschichte“. Denn: Eine Gesellschaft der
 693 Freien und Gleichen, in der Demokratie und Frieden herrschen, in der die Gleichheit
 694 der Geschlechter gewährleistet ist und die Natur bewahrt wird, ist nur möglich, wenn
 695 die Vorherrschaft des Kapitals über die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Natur
 696 zurückgedrängt und gebrochen wird. Der Kapitalismus kann nur dann überwunden
 697 werden, wenn ein Aufbruch eingeleitet wird zu einer anderen Art zu arbeiten und zu
 698 leben, zu einer anderen Weise der gesellschaftlichen Produktion und des Verhältnis-
 699 ses zur Natur, zu wirklicher Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft sowie zu um-
 700 fassender internationaler Solidarität und gemeinsamer Entwicklung, die die Grundla-
 701 ge für Frieden sind. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts geht es um die Frage von
 702 Sozialismus oder Barbarei, wie sie schon Rosa Luxemburg hundert Jahre zuvor ge-
 703 stellt hat.

704
 705 Der erste große Versuch im 20. Jahrhundert, eine nichtkapitalistische Ordnung auf-
 706 zubauen, ist an mangelnder Demokratie, Überzentralisation und ökonomischer Ineffi-
 707 zienz gescheitert. Unter Pervertierung der sozialistischen Idee wurden Verbrechen
 708 begangen. Dies verpflichtet uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu bestim-
 709 men. Wir wollen einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der den
 710 heutigen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen und Möglichkeiten ge-
 711 recht wird.

712

713 Für Rosa Luxemburg endet Gleichheit ohne Freiheit in Unterdrückung, und Freiheit
 714 ohne Gleichheit führt zu Ausbeutung. Wir streben eine sozialistische Gesellschaft an,
 715 in der jeder Mensch in Freiheit sein Leben selbst bestimmen kann und dabei solida-
 716 risch mit anderen zusammenwirkt. Die Überwindung der Dominanz kapitalistischen
 717 Eigentums in der Wirtschaft und ein sozialer Rechtsstaat ist dafür die wichtigste
 718 Grundlage. So kann ein gutes Leben gestaltet, eine soziale Demokratie hergestellt
 719 und erweitert werden. Alle Menschen sollen am Reichtum teilhaben können. Der so-
 720 zial gleiche Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens und
 721 die Demokratisierung aller Lebensbereiche gehören zusammen. Sozialismus und
 722 Demokratie sind untrennbar. Wir wollen eine andere Art von wirtschaftlicher Entwick-
 723 lung und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, um die natürliche Umwelt zu be-
 724 wahren und den nachfolgenden Generationen eine verbesserte Welt zu hinterlassen.
 725 Wir wollen, dass Rechtsstaat und Sozialstaat eine Einheit bilden und streiten für eine
 726 weltweite Ordnung, die durch Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit geprägt ist.

727
 728 Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative stellt sich weltweit. In Latein-
 729 amerika hat die Erfahrung mit der kapitalistischen Barbarei bereits an der Schwelle
 730 des 21. Jahrhunderts zur Entstehung starker Gegenbewegungen geführt. Ihnen gilt
 731 unsere Solidarität. Sie haben die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis-
 732 se verändert. Mehrere lateinamerikanische Länder wagen bereits den Ausbruch aus
 733 der neoliberalen Entwicklungslogik.

734
 735 Heute besteht die Möglichkeit, jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und
 736 Würde zu gewährleisten. Not und Elend können überall auf der Welt überwunden
 737 werden. Wir wollen, dass alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen am
 738 gesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess mitwirken können und streben eine
 739 neue, gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen gesellschaftlich not-
 740 wendigen Arbeiten an.

741
 742 Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit,
 743 Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit. Diese bestimmen auch
 744 die Mittel auf dem Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Demokra-
 745 tischer Sozialismus fördert die Entfaltung der zivilisatorischen Entwicklungspotenziale
 746 der Gesellschaft und zielt auf grundlegende Veränderungen der herrschenden Eigen-
 747 tums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse. Er verbindet Protest und Widerstand, den
 748 Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den gegebenen
 749 Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus, zu einem gro-
 750 ßen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen
 751 wird.

752
 753 Die LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher
 754 Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser
 755 Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Um-
 756 wälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.

757 **Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie**

759
 760 Eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Eigen-
 761 tumsfrage. Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Solange die Ent-
 762 scheidungen großer Unternehmen sich an den Renditewünschen privater Anteilseig-
 763 ner (Shareholder) statt am Interesse der Allgemeinheit orientieren, ist Politik

764 erpressbar und Demokratie wird ausgehöhlt. Eine soziale, friedliche und umweltge-
 765 rechte, demokratische Gesellschaft erfordert, dass die ökonomische Macht derer, die
 766 an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückge-
 767 drängt und überwunden wird.

768
 769 Die LINKE kämpft für die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Wir wollen eine
 770 radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidun-
 771 gen erstreckt, und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und öko-
 772 logischen Maßstäben unterwerfen.

773
 774 Eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht dem Profit dient, hat vor allem folgende
 775 Funktionen zu erfüllen: Erstens soll sie die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger
 776 befriedigen und allen ein Leben in Wohlstand und sozialer Sicherheit gewährleisten,
 777 zweitens ökologisch nachhaltig wirken, drittens innovativ auf neue Herausforderun-
 778 gen reagieren und viertens sparsam die gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen.
 779 Darüber hinaus muss sie so organisiert sein, dass alle direkt und indirekt in der Wirt-
 780 schaft tätigen Menschen ihre Fähigkeiten frei entfalten und sich in ihrer Tätigkeit bil-
 781 den und weiterbilden können. In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie DIE
 782 LINKE sie anstrebt, haben verschiedene Eigentumsformen Platz: staatliche und
 783 kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen
 784 des Eigentums. Die Belegschaften, die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Rep-
 785 räsentanten der Gemeinwohlinteressen sollen eine starke demokratische Mitsprache
 786 haben und an den wirtschaftlichen Entscheidungen direkt partizipieren.

787 788 **Öffentliches und Belegschaftseigentum**

789
 790 Strukturbestimmende Großbetrieben der Wirtschaft wollen wir in demokratische
 791 gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum
 792 überwinden. Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die
 793 demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder
 794 kollektiven Eigentumsformen (staatliches oder kommunales Eigentum,
 795 Genossenschaften, Belegschaftseigentum) sie sich vollziehen soll, muss im
 796 demokratischen Prozess entschieden werden.

797
 798 Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen
 799 bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem
 800 von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden. In wichtigen Fragen, etwa
 801 wenn Massenentlassungen oder Betriebsschließungen geplant sind, muss es
 802 Belegschaftsabstimmungen geben.

803
 804 Die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur, die Finanzinstitutionen und
 805 die Energiewirtschaft gehören in öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrol-
 806 liert werden. Sie dürfen nicht nach dem Profitkalkül privater Unternehmen geführt
 807 werden.

808
 809 Die Grundversorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Leistungen wie Energie,
 810 Wasser und Mobilität, aber auch Wohnen, die soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bil-
 811 dung und Kultur darf nicht kapitalistischem Profitstreben überlassen werden. Sie
 812 muss öffentlich organisiert und garantiert werden. Denn renditeorientierte Unterneh-
 813 men richten ihr Angebot nicht am Bedarf der Menschen aus, sondern ausschließlich
 814 an der zahlungskräftigen Nachfrage. Sie umwerben und privilegieren die Wohlha-

815 benden und vernachlässigen die Finanzschwachen.

816

817 Private Energieversorger begünstigen industrielle Großkunden und belasten vor al-
818 lem ärmere Haushalte. Stattdessen muss Energie für industrielle Großverbraucher
819 teuer sein, um den Einsatz Energie sparender Technologien zu begünstigen. Vor al-
820 lem ärmere Haushalte dagegen müssen von hohen Energiekosten entlastet und bei
821 Energieeinsparung unterstützt werden. Ebenso gilt: Die Bahn und Unternehmen des
822 öffentlichen Nah- und Fernverkehrs dürfen sich nicht allein an der Rendite orientie-
823 ren. Entscheidend muss sein, dass sie Mobilität - auch zwischen kleineren Orten -
824 ermöglichen und eine attraktive, preisgünstige und umweltverträgliche Alternative
825 zum Individualverkehr darstellen. Es muss konsequent die Zielsetzung verfolgt wer-
826 den, Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

827

828 Stromversorgung, Telekommunikation, Eisenbahnverkehr und andere Dienste sind
829 zudem an bundesweite Netze gebunden, die ein natürliches Monopol bilden. Befin-
830 den sich solche Monopole in privater Hand, ist Preiswucher die nahezu unvermeidli-
831 che Folge. Oft führt das private Profitkalkül auch dazu, dass die Wartung und In-
832 standhaltung der Netze vernachlässigt wird, mit negativen Langzeitfolgen.

833

834 Daher müssen netzgebundene Dienstleistungen und Einrichtungen der Daseinsvor-
835 sorge in öffentlichem Eigentum bleiben oder in öffentliches Eigentum überführt wer-
836 den und der demokratischen Kontrolle unterliegen.

837

838 Auch große Naturreichtümer gehören allen und daher in öffentliche Hand. Nach dem
839 Grundgesetz soll Eigentum „dem Wohle der Allgemeinheit“ dienen und nicht nur dem
840 der oberen Zehntausend. Dieser Verfassungsgrundsatz kann nur in einer Wirtschaft
841 eingelöst werden, in der private Großanleger und Finanzinvestoren keine Vormacht
842 haben, sondern die auf einem starken öffentlichen Sektor beruht. Dabei sind starke
843 und aktive Gewerkschaften unverzichtbar. Nur mit ihnen lässt sich die sozialstaatli-
844 che Regulierung demokratisch gestalten.

845

846 Die LINKE tritt für ein Bankensystem aus drei Säulen ein: Sparkassen, Genossen-
847 schaftsbanken und staatliche Großbanken. Ein funktionierender Finanzsektor ist ein
848 öffentliches Gut, seine Bereitstellung daher eine öffentliche Aufgabe. Die Zentralban-
849 ken sollen sich nicht nur an der Geldwert- und Währungsstabilität, sondern gleichbe-
850 rechtigt auch am Beschäftigungsziel und dem Ziel nachhaltiger Entwicklung orientie-
851 ren.

852

853 Auch Unternehmen im Eigentum von Bund, Ländern oder Kommunen bedürfen der
854 Kontrolle. Sie müssen sozialen und ökologischen Vorgaben unterliegen und dem
855 Gemeinwohl gesetzlich verpflichtet werden. Den Belegschaften müssen starke Mit-
856 bestimmungsrechte als Korrektiv zu den Entscheidungen des Managements garan-
857 tiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wirksame Möglichkeiten der Partizi-
858 pation an der Entwicklung der kommunalen Dienstleistungen erhalten. Im
859 Unterschied zu privaten Unternehmen sind öffentliche Unternehmen nicht an kurzfris-
860 tige Renditeerwartungen gebunden. Öffentliches Eigentum ist keine Garantie, aber
861 die Voraussetzung für neue Kriterien und Prioritäten des Wirtschaftens. Hinzu
862 kommt: Gewinne öffentlicher Unternehmen stärken öffentliche Einnahmen, sei es auf
863 kommunaler, Landes- oder Bundesebene, und kommen damit der Allgemeinheit und
864 nicht nur einer kleinen Schicht von privaten Eigentümern zugute.

865

866 ***Kleine und mittlere Unternehmen***

867

868 Private Gewinnorientierung kann Produktivität und technologische Neuerung
869 befördern, solange kein Unternehmen stark genug ist, Preise und Umfang des
870 Angebots zu diktieren. Deshalb muss Wettbewerbskontrolle oder Vergesellschaftung
871 marktbeherrschende Privatunternehmen verhindern. Starke Sozialgesetze und
872 unabhängige Gewerkschaften müssen die Rechte der Beschäftigten schützen, der
873 Verbraucherschutz soll die Konsumenten stärken und strikte Umweltauflagen
874 Raubbau an der Natur verhindern.

875

876 Kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige haben oft ein hohes
877 innovatives und kreatives Potenzial und sind daher zu fördern. Erforderlich sind
878 Rahmenbedingungen, die hohe soziale und ökologische Standards sichern und
879 Konzentration von Einkommen und Vermögen verhindern. Das schließt auch eine
880 Umverteilung von Einkommen und Vermögen und eine demokratische Organisation
881 und Steuerung der Wirtschaft und Gesellschaft ein.

882

883 Das genossenschaftliche Eigentum vor allem in der Landwirtschaft sowie in den Be-
884 reichen kleiner oder auch mittlerer Unternehmen nicht zuletzt auf den Feldern des
885 Handels, handwerklicher Produktion und innovativer Neugründungen in Wissenschaft
886 und Technik wollen wir stärken.

887

888 ***Eine wirkungsvolle demokratische, soziale, ökologische und Rahmensetzung***

889

890 Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht nur dem Markt und den Unternehmen überlas-
891 sen, sondern muss in ihren Grundrichtungen demokratisch gesteuert werden. Erfor-
892 derlich ist neben leistungsfähigen öffentlichen Unternehmen eine zielgerichtete öf-
893 fentliche Investitionstätigkeit.

894

895 Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss Vollbeschäftigung anstreben, die inländische
896 Nachfrage stärken und für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung sor-
897 gen. Dazu müssen die Arbeitszeiten bei zunehmender Produktivität ohne Einkom-
898 mensverlust fortschreitend verkürzt werden. Regionale und sektorale Wirtschaftspoli-
899 tik muss auf der Grundlage einer demokratischen Rahmenplanung und einer
900 strategisch gestaltenden Strukturpolitik steuernden Einfluss auf die Investitionsent-
901 scheidungen der Unternehmen nehmen.

902

903 DIE LINKE tritt für die Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische oder Wirt-
904 schäfts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien sollten Gewerk-
905 schaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher, soziale, ökologische und
906 andere Interessen vertreten sein. Sie können im Dialog erarbeiten, was für die ver-
907 schiedenen Aufgabenbereiche jeweils als orientierendes allgemeines Interesse an-
908 gesehen werden soll und gesellschaftlich zur Geltung zu bringen ist. Diese Runden
909 Tische oder Räte sollen die Möglichkeit haben, sozial und ökologisch schädliche
910 Vorhaben zu stoppen und gesetzgeberische Initiativen einzuleiten.

911

912

913 **IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung**

914

915 Der Kampf für eine andere, bessere Welt, für den demokratischen Sozialismus, be-
916 ginnt mit der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben. DIE LINKE setzt sich für

917 die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ein. Einkommen und Vermögen werden
 918 durch Arbeit erzeugt und sollen daher entsprechend dem Beitrag zum gesellschaftli-
 919 chen Arbeitsprozess sowie nach Bedürftigkeit verteilt werden. Reichtum darf sich
 920 nicht länger bei den Kapital- und Großgrundbesitzern konzentrieren. Erwerbsarbeit,
 921 Arbeit in der Familie, die Sorge um Kinder, Partner und Freunde, die Teilhabe am
 922 kulturellen und politischen Leben und schließlich individuelle Weiterbildung und Mu-
 923 ße sind wesentliche Lebensbereiche. DIE LINKE will für alle Menschen die Möglich-
 924 keit schaffen, diese Lebensbereiche in selbstbestimmter Balance zu verbinden.

925
 926 Wir wollen die Grundrechte und Ansprüche verwirklichen, die das Grundgesetz for-
 927 muliert: Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechtigung aller
 928 Menschen, freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, Unverletzlichkeit der Wohnung,
 929 Meinungs-, Bekenntnis- und Vereinigungsfreiheit, Brief- und Telekommunikationsge-
 930 heimnis, Asylrecht für politisch Verfolgte. Eigentum verpflichtet und soll zugleich dem
 931 Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmit-
 932 tel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt wer-
 933 den. Die Bundesrepublik Deutschland soll ein demokratischer und sozialer Rechts-
 934 staat sein. Er hat die Aufgabe, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Alle
 935 Staatsgewalt soll vom Volke ausgehen und in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt
 936 werden. Vorbereitung oder Führung eines Angriffskrieges sind unter Strafe zu stellen.

937
 938 DIE LINKE fordert die Durchsetzung von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und poli-
 939 tischen Reformen, die die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung in den Mittel-
 940 punkt stellen und nicht die Bereicherungsansprüche der oberen Zehntausend. Indem
 941 wir heute für linke Reformprojekte kämpfen, wirken wir zugleich für unser sozialisti-
 942 sches Ziel.

943
 944 **1. Wie wollen wir leben? Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit**

945
 946 DIE LINKE will, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozia-
 947 ler Sicherheit führen kann, sein Recht auf Arbeit, auf Bildung und Kultur wahrnehmen
 948 kann, und nicht diskriminiert oder ausgegrenzt wird.

949
 950 **Gute Arbeit**

951
 952 Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare
 953 Zeit die Erwerbsarbeit. Die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbs-
 954 arbeit und der anderen notwendigen Arbeiten, insbesondere zwischen Männern und
 955 Frauen, haben eine Schlüsselrolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Le-
 956 bensverhältnisse und des Sozialstaats.

957
 958 Die Massenerwerbslosigkeit muss deshalb überwunden werden. Sie ist erniedrigend
 959 für die Betroffenen und sie verhindert gute Arbeit, weil sie die Position der Beschäf-
 960 tigten und der Erwerbslosen und die Durchsetzungskraft ihrer Gewerkschaften ge-
 961 genüber dem Kapital massiv schwächt. Sie verursacht großen finanziellen Druck auf
 962 den Sozialstaat. Sie schwächt zudem alle politischen Bestrebungen für eine soziale
 963 und ökologische Gestaltung der Produktions- und Lebensweise.

964
 965 DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Beschäf-
 966 tigung. Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit sozial versichert sein. Wir kämpfen dage-
 967 gen, dass reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit, Scheinselbständigkeit oder Mini-

968 jobs ersetzt wird. Unabhängig von Geschlecht und Erwerbsstatus muss gelten: Gleiche Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit. Schluss mit Armutslöhnen und Lohndumping. Die Enteignung der Beschäftigten muss gestoppt werden.

971
972 Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Existenz sichernder Höhe. Tarifverträge müssen leichter als bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten, Mindestlöhne zahlen und soziale und ökologische Kriterien beachten. Das Entsendegesetz muss künftig für sämtliche Branchen vorschreiben, dass für alle Anbieter die Standards des Ortes gelten, an dem die Arbeit geleistet wird. Leiharbeit muss strikt begrenzt und wie die Arbeit der regulär Beschäftigten bezahlt werden, zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung. Der Kündigungsschutz muss verbessert und Befristungen müssen gesetzlich eng eingeschränkt werden.

981
982 Wir wollen regelmäßige Lohnzuwächse, die mindestens den Produktivitätszuwachs und die Preissteigerungen ausgleichen. Die Managergehälter müssen auf das 20fache der untersten Lohngruppen im Unternehmen begrenzt, die Vergütung mit Aktienoptionen sowie übermäßige Abfindungen müssen verboten werden.

986
987 Die Arbeitszeiten müssen gemäß den Bedürfnissen der Menschen bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung und Pflege muss verbessert werden. Die Beschäftigten brauchen zudem größere Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit und genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten. Durch die Reform des Arbeitszeitgesetzes soll die höchstzulässige durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt werden. Perspektivisch streben wir eine Obergrenze von 35 Stunden, längerfristig von 30 Stunden an. Wir wollen, dass dabei für die Beschäftigten ein voller Lohnausgleich gesichert wird. Die Mitbestimmungsrechte von Personal- und Betriebsräten sind vor allem im Hinblick auf Personal- und Stellenpläne zu erweitern. So ist zu erreichen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu mehr Beschäftigung führt und der Leistungsdruck nicht weiter ansteigt. Den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das Jugendarbeitsschutzgesetz wollen wir verbessern. Die Ansprüche der Beschäftigten auf Weiterbildung wollen wir ausweiten.

1003
1004 Gute Arbeit für jede und jeden erfordert erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten im Betrieb und im Unternehmen. Starke Gewerkschaften sind notwendig. DIE LINKE unterstützt sie in ihren Anstrengungen. Das ungehinderte Streikrecht einschließlich des Rechts auf den politischen Streik und den Generalstreik, muss gewährleistet werden.

1009 1010 **Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**

1011
1012 Die neoliberale Entstaatlichungs- und Privatisierungspolitik der letzten Jahre hat in vielen Bereichen zu einer massiven Unterversorgung geführt. Die Überwindung des öffentlichen Investitionsstaus und ein Ausbau öffentlicher Beschäftigung sind überfällig. Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie Deutschland Straßen verrotten, Schulgebäude verfallen, Kinder und Jugendliche keine gute Bildung erhalten, Pflegebedürftige vernachlässigt und kommunale Bibliotheken oder Schwimmbäder aus Geldmangel geschlossen werden.

1019
 1020 Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie muss
 1021 für ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum sorgen und eine
 1022 neue Vollbeschäftigung anstreben. Dazu muss die inländische Nachfrage durch eine
 1023 Umverteilung zu Gunsten kleiner und mittlerer Einkommen und eine Ausweitung öf-
 1024 fentlicher Leistungen gestärkt werden. DIE LINKE fordert große öffentliche Zukunfts-
 1025 und Investitionsprogramme in Bildung, in soziale, ökologische und Verkehrsinfra-
 1026 struktur. Dies schafft Nachfrage und Beschäftigung in privaten Unternehmen ebenso
 1027 wie im öffentlichen Dienst.

1028
 1029 Die Beschäftigung in öffentlichen und sozialen Dienstleistungen ist in Deutschland im
 1030 internationalen Vergleich stark unterentwickelt und zudem häufig schlecht bezahlt.
 1031 Wir wollen in diesen Bereichen Millionen neue reguläre und tariflich bezahlte Arbeits-
 1032 plätze schaffen und so zugleich dringende gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen.
 1033 Dies kann und muss dauerhaft solide finanziert werden durch eine sozial gerechte
 1034 Steuerpolitik, die Reiche und finanzstarke Unternehmen verstärkt heranzieht.

1035
 1036 Eine aktive staatliche Industrie- und Dienstleistungspolitik ist erforderlich, um De-
 1037 industrialisierung zu verhindern und Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, im
 1038 Handel und anderen Dienstleistungsbereichen zu sichern. Wir fordern ein Verbot von
 1039 Massenentlassungen in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind. Das wird in
 1040 großem Umfang sozial abgesicherte Übergänge von Beschäftigten aus schrumpfenden
 1041 in zukunftsfähige Branchen einschließen.

1042
 1043 Wir wollen einen öffentlichen Zukunftsfonds einrichten, mit dem bedrohten, aber ü-
 1044 berlebensfähigen Unternehmen geholfen werden und der sozial-ökologische Umbau
 1045 gefördert werden kann. Dabei dürfen staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entspre-
 1046 chende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand oder Belegschaftsanteile vergeben
 1047 werden. Diese Eigentumsrechte sind zu nutzen, um die Kriterien der Unternehmens-
 1048 führung zu verändern: Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Eigentü-
 1049 mern bzw. Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den
 1050 Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum, an den Interessen der Beschäftig-
 1051 ten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.

1052
 1053 Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich in besonderem Maße für all dieje-
 1054 nigen Menschen engagiert, die schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Öf-
 1055 fentlich geförderte Beschäftigung muss sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze
 1056 anbieten. Diese sollten besonders dort geschaffen werden, wo der Markt Bedürfnisse
 1057 im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich nicht abdeckt.

1058
 1059 **Den Finanzsektor demokratisch kontrollieren und dem Gemeinwohl verpflichten**
 1060

1061
 1062 Die privaten Banken sind für den Spekulationsrausch der letzten Jahre und die ent-
 1063 standenen Milliardenverluste wesentlich verantwortlich. Private Banken müssen des-
 1064 halb verstaatlicht, demokratischer Kontrolle unterworfen und auf das Gemeinwohl
 1065 verpflichtet werden. Durch strikte Regulierung ist zu gewährleisten, dass der Ban-
 1066 kensektor in Zukunft wieder seinen öffentlichen Auftrag erfüllt: die zinsgünstige Fi-
 1067 nanzierung wirtschaftlich sinnvoller Investitionen insbesondere auch kleiner und mitt-
 1068 lerer Unternehmen, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und Bereitstellung eines
 1069 kostenlosen Girokontos für jedermann, sichere Anlage privater Ersparnisse. Das in

1070 den letzten Jahren explosiv angewachsene Investmentbanking ist abzuwickeln, der
 1071 Eigenhandel mit Wertpapieren und die Spekulation in Derivaten sind Banken zu ver-
 1072 bieten, ebenso jegliche Geschäfte außerhalb der eigenen Bilanz und Geschäfte mit
 1073 Unternehmen oder Personen, die rechtlich in Steuer- und Aufsichtsosen registriert
 1074 sind. Dringend erforderlich sind Rahmenvorgaben für Kredit- und Guthabenzinsen.
 1075 Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen festgelegten Mindestanteil ihrer
 1076 Bilanzsumme in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an mittelständische Un-
 1077 ternehmen zu vergeben.

1078
 1079 Wir fordern eine effektive Kontrolle und Regulierung des internationalen Kapitalver-
 1080 kehrs, ein Verbot hochspekulativer Investitionsvehikel, die die Stabilität des Finanz-
 1081 systems und damit der gesamten Weltwirtschaft gefährden. Wir wollen spekulativen
 1082 Investmentvehikeln wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften die Ge-
 1083 schäftstätigkeit in der Bundesrepublik verbieten. Sämtliche Finanztransaktionen wie
 1084 Börsenumsätze, außerbörslicher Handel oder Devisengeschäfte sind mit einer Steu-
 1085 er zu belegen, um Spekulation unattraktiv zu machen. Leerverkäufe sind zu verbie-
 1086 ten. Als ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in
 1087 Deutschland. Die Wechselkurse der wichtigsten Leitwährungen müssen durch Ziel-
 1088 zonen stabilisiert werden. Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs- und Auf-
 1089 sichtsstrukturen aufgebaut und bestehende gestärkt werden. Steueroasen – in denen
 1090 zudem keine wirksame Regulierung stattfindet – müssen ausgetrocknet werden, in-
 1091 dem Geschäfte mit ihnen unterbunden werden.

1092
 1093 **Förderung strukturschwacher Regionen, Verantwortung in Ostdeutschland**

1094
 1095 DIE LINKE strebt gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundes-
 1096 republik Deutschland und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäi-
 1097 schen Union an. Strukturschwache Länder und Regionen müssen in einem koopera-
 1098 tiven und sozialen Bundesstaat unterstützt werden. Wir wenden uns gegen
 1099 Wettbewerbsföderalismus, in dem die Länder gegeneinander mit unterschiedlichen
 1100 Steuern und Standards und Bedingungen im öffentlichen Dienst konkurrieren. Er
 1101 nützt nur den reichen Ländern sowie den mobilen Unternehmen und wohlhabenden
 1102 Bevölkerungsgruppen. Er schadet den Menschen, deren Lebens- und Arbeitsbedin-
 1103 gungen verschlechtert werden.

1104
 1105 Für DIE LINKE hat schon aufgrund ihrer historischen Entwicklung die Vertretung ost-
 1106 deutscher Interessen besonderen Stellenwert. Ostdeutschland bedarf eines neuen
 1107 Politikansatzes, um extrem hohe Arbeitslosigkeit, niedrigere Löhne als im Westen
 1108 und das weitere Abwandern junger Menschen zu beenden. Neue Entwicklungswege
 1109 für Ostdeutschland erfordern Landesentwicklungskonzepte und eine langfristige ge-
 1110 samtdeutsche Innovations-, Investitions- und Strukturpolitik, um Entwicklungsnachtei-
 1111 le Ostdeutschlands gezielt auszugleichen. Dazu gehören verstärkte Investitionen in
 1112 Bildung, Qualifikation und Forschung, die Förderung von Zukunftsbranchen und –
 1113 unternehmen und von Zentren regionaler Wirtschaftsentwicklung durch Kooperation
 1114 von Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmensnetzen.

1115
 1116 Notwendig ist eine starke Regionalpolitik, an der die Bürgerinnen und Bürger vor Ort
 1117 demokratisch beteiligt werden und die alle vorhandenen lokalen und regionalen Ent-
 1118 wicklungspotenziale in Regionalentwicklungsplänen und Bürgerhaushalten fördert.
 1119 Erforderlich ist eine verbesserte Zusammenarbeit und Verflechtung von Wachstums-
 1120 zentren und strukturschwachen ländlichen Gebieten. Es geht darum, durch umfas-

1121 sende Angebote in Bildung, Kultur, Freizeit- und Kinderbetreuungseinrichtungen und
 1122 die Förderung attraktiver Arbeitsplätze lebenswerte Rahmenbedingungen – beson-
 1123 ders für junge Menschen – zu schaffen, so dass es sich lohnt, in Ostdeutschland zu
 1124 bleiben.

1125
 1126 **Umverteilung und gerechte Steuern**

1127
 1128 DIE LINKE will soziale Sicherheit für alle und soziale Gerechtigkeit. Soziale Un-
 1129 gleichheit der Einkommen und Vermögen sind nur gerechtfertigt, wenn sie auf unter-
 1130 schiedlicher Leistung beruhen oder als Anreize für die Bewältigung gesellschaftlicher
 1131 Aufgaben notwendig sind. Wir streben deshalb eine soziale Umverteilung von oben
 1132 nach unten an. Gerechte, ausgeglichene Verteilungsverhältnisse sind auch wichtig
 1133 zur Stärkung der Demokratie, weil die Verfügung über große finanzielle Mittel auch
 1134 politische Macht verleiht.

1135
 1136 Die öffentlichen Finanzen wollen wir mit einer gerechten Steuerpolitik, die zu höheren
 1137 Einnahmen führt, stärken. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die
 1138 Profiteure des Finanzkapitalismus, der Umverteilungspolitik und der Bankenrettungs-
 1139 aktionen der Staaten müssen zu den Kosten der Krisenbewältigung und eines sozial-
 1140 ökologischen Umbaus herangezogen werden. Wir fordern die Wiedereinführung der
 1141 Vermögenssteuer in Form einer Millionärsteuer in Höhe von fünf Prozent jährlich auf
 1142 private Millionenvermögen. Wir fordern zugleich eine deutliche Anhebung der Erb-
 1143 schaftsteuer auf große Vermögen. Dies alles ist auch wichtig, um die extreme Un-
 1144 gleichheit und Konzentration privater Vermögen zu verringern.

1145
 1146 Konzerne und andere finanzstarke Unternehmen müssen wieder mehr Steuern zah-
 1147 len. Steuerschlupflöcher wollen wir schließen. Wir fordern die kräftige Anhebung des
 1148 Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer. Wir verlangen die Kontrollmitteilungen
 1149 der Banken über Kapitalerträge und eine Meldepflicht für Finanzanlagen im Ausland
 1150 sowie mehr Personal in den Finanzbehörden, um Steuerflucht und -hinterziehung zu
 1151 bekämpfen. Kapitaleinkommen müssen künftig wieder zum persönlichen Steuersatz
 1152 versteuert werden statt mit einer pauschalen Abgeltungssteuer von nur 25 Prozent.
 1153 Die Bezieherinnen und Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen wollen wir dage-
 1154 gen steuerlich entlasten. Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings, denn
 1155 dieses fördert die traditionelle männlich dominierte Alleinverdiener-Ehe und hemmt
 1156 die Erwerbstätigkeit von Frauen. Andere Familienformen werden dadurch benachtei-
 1157 ligt. Stattdessen sind die öffentlichen Maßnahmen zur Förderung von Kindern aus-
 1158 zuweiten.

1159
 1160 Wir wollen eine vom benutzten Verkehrsmittel unabhängige Kilometerpauschale für
 1161 den Weg zur Arbeit einführen – auch für Niedrigverdienerinnen und -verdiener, die
 1162 keine Steuern zahlen. DIE LINKE will den ermäßigten Umsatzsteuersatz auf arbeits-
 1163 intensive Dienstleistungen des Handwerks ausweiten.

1164
 1165 **Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat**

1166
 1167 Jede und jeder braucht soziale Sicherheit, um selbstbestimmt leben und das Recht
 1168 auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können. Wir wollen ei-
 1169 nen aktiven Sozialstaat, der die Lebensrisiken wie Krankheit und Behinderung sowie
 1170 Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit solidarisch absichert und im Alter ein sorgen-
 1171 freies Leben in Würde garantiert. Sozialstaatliche Leistungen müssen auf individuel-

1172 len Rechtsansprüchen beruhen, um patriarchale Abhängigkeiten und behördliche
1173 Willkür zu verhindern.

1174

1175 Die Politik der Entstaatlichung, Liberalisierung und bedingungslosen Wettbewerbs-
1176 orientierung ist rückgängig zu machen. Die Befriedigung menschlicher Grundbedürf-
1177 nisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit müssen für jeden Menschen unabhängig
1178 von seinem Geldbeutel gewährleistet werden. Die Daseinsvorsorge in der Versor-
1179 gung mit Wasser, Energie, Transport- und Kommunikationsdiensten flächendeckend,
1180 für alle erschwinglich und in hoher Qualität zu sichern ist eine öffentliche Aufgabe.
1181 Sie muss ebenso wie Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen in öffentlichen,
1182 nicht-profitorientierten Unternehmen organisiert werden. Das Recht auf menschen-
1183 würdiges Wohnen muss gesetzlich verankert werden. Die Teilhabe an Kultur muss
1184 gesichert werden. Wir wollen, dass Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder und
1185 Jugendliche problemlos erreichbar sind, ebenso wie soziale Dienste der Familien-
1186 und Erziehungshilfe. Ausnahmslos alle in Deutschland Lebenden, unabhängig von
1187 ihrer Staatsangehörigkeit, müssen durch den demokratischen Sozialstaat gegen
1188 Ausgrenzungen geschützt werden.

1189

1190 Ein wichtiger Grund für die Finanzprobleme der Sozialkassen ist die Massenarbeits-
1191 losigkeit. Hinzu kommen politische Entscheidungen zu Lasten der Sozialversicherun-
1192 gen, Lohndumping und die Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.
1193 Diese Entwicklungen haben zur Erosion der Beitragseinnahmen geführt. Es gibt auch
1194 keinen demographischen Grund für Rentenkürzungen. Denn die steigende Produkti-
1195 vität der Arbeit ermöglicht bei solidarischer Verteilung weiter steigende Renten eben-
1196 so wie Arbeitseinkommen trotz eines wachsenden Anteils Älterer an der Bevölke-
1197 rung.

1198

1199 Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und in der
1200 Pflege, in die alle nach Maßgabe ihrer Einkommen einzahlen und die im Bedarfsfall
1201 alle medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Wir wollen die Wieder-
1202 einföhrung von poliklinischen Strukturen, also ambulante Behandlungszentren mit
1203 angestellten Fachärzten verschiedener Fachrichtungen. Das würde zu vielen Vortei-
1204 len sowohl für Patientinnen und Patienten als auch für Ärztinnen und Ärzte führen
1205 und zu einem vernünftigen Umgang mit Ressourcen beitragen. Eine Reduzierung der
1206 Kosten wird nicht durch Leistungskürzungen, sondern durch eine gesetzliche Kontrol-
1207 le der Arzneimittelpreise erreicht. Private Zuzahlungen wie auch private Krankenkas-
1208 sen lehnen wir ab. Wichtig ist die Sicherung hoher Qualitätsstandards im Gesund-
1209 heitswesen.

1210

1211 Wir wollen eine sichere und auskömmliche gesetzliche Rente, die deutlich über der
1212 Armutsgrenze liegt und den erarbeiteten Lebensstandard weitgehend sichert. Sie
1213 macht eine staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge überflüssig. Diese kann
1214 drohende Altersarmut nicht vermeiden und hat zur Aufblähung der Finanzsphäre we-
1215 sentlich beigetragen. Wir fordern die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine pari-
1216 tätisch finanzierte, gesetzliche Rentenversicherung. Wir streiten für die Angleichung
1217 der Rentenwerte Ost und West. Wir wollen den Solidarausgleich in der gesetzlichen
1218 Rente stärken und dabei die Beitragsbemessungsgrenzen aufheben. Um Altersarmut
1219 zu verhindern, wollen wir eine erhöhte bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter. Die
1220 Rente erst ab 67 lehnen wir ab.

1221

1222 Auch bei Arbeitslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Le-
 1223 bensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg. Wir
 1224 brauchen stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld
 1225 und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsäch-
 1226 lich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Wir fordern die Abschaf-
 1227 fung erniedrigender Bedürftigkeitsprüfungen sowie ein Ende des Zwangs, untertarif-
 1228 lich bezahlte oder der eigenen Qualifikation nicht angemessene Arbeit anzunehmen.

1229
 1230 Um Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen
 1231 Leben zu ermöglichen, sind Nachteilsausgleiche und das Recht auf Selbstvertretung
 1232 auf allen Ebenen unerlässlich. Wir fordern die Umsetzung der UN-Konvention für die
 1233 Rechte behinderter Menschen.

1234 1235 **Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit**

1236
 1237 Es gibt immer noch kein ausgeglichenes und gerechtes Verhältnis zwischen den Ge-
 1238 schlechtern. Nach wie vor beeinflussen die traditionellen Rollenklischees das Leben
 1239 von Frauen und Männern, beeinträchtigen ihre Lebensqualität und Chancen in der
 1240 beruflichen und sozialen Entwicklung. Patriarchale Strukturen durchziehen nach wie
 1241 vor alle gesellschaftlichen Bereiche. Frauen erbringen mehr als die Hälfte aller Arbeit
 1242 in der Gesellschaft, aber ihre Arbeit wird weniger anerkannt und sie werden immer
 1243 noch wesentlich geringer entlohnt als die männlichen Kollegen. Entsprechend niedri-
 1244 ger fallen ihre Sozialleistungsansprüche aus. Insbesondere die Arbeitsbedingungen,
 1245 die schlechtere Bezahlung und lange Arbeitszeiten benachteiligen Frauen und ver-
 1246 festigen das traditionelle Geschlechterverhältnis. Folge ist, dass Frauen häufig ihre
 1247 Existenz nicht selbst sichern können. Ökonomische Abhängigkeiten begünstigen
 1248 auch das Entstehen von Gewaltverhältnissen.

1249
 1250 DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch.
 1251 Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben ein, in dem Erwerbsar-
 1252 beit, Familienarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement für Männer und
 1253 Frauen miteinander vereinbar werden. Wir treten dafür ein, die sozialen Sicherungs-
 1254 systeme, die Gestaltung der Arbeitswelt, das Angebot an öffentlichen Dienstleistun-
 1255 gen und die Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung in Wirtschaft und Po-
 1256 litik so zu verändern, dass Benachteiligungen abgebaut werden. Alle politischen
 1257 Entscheidungen und Vorschläge müssen systematisch danach beurteilt werden, wel-
 1258 che Auswirkungen sie auf Frauen und auf Männer haben werden.

1259
 1260 Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen,
 1261 streiten für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, für die Verkürzung der
 1262 Arbeitszeit und für die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit auf Män-
 1263 ner und Frauen. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft.
 1264 Die Flexibilisierung der Arbeit darf nicht dazu führen, dass das soziale Miteinander in
 1265 Familien dem Diktat der Verwertbarkeit von Arbeit unterworfen wird. Wir lehnen pre-
 1266 käre, ungesicherte Beschäftigung und eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeit
 1267 auch deshalb ab, weil solche Arbeitsverhältnisse familien- und kinderfeindlich sind.
 1268 Vielmehr wollen wir Arbeitszeit und Arbeitsmöglichkeiten in der Weise flexibel gestal-
 1269 ten und sozial absichern, dass sie familien- und kinderfreundlich sind. Wir fordern ein
 1270 Recht auf ganztägige **gebührenfreie** Betreuung in Krippen, Kindergärten und Kinder-
 1271 tagesstätten für alle Kinder. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung, damit Frauen
 1272 und Männer gleichberechtigt Erwerbsarbeit und Familienleben miteinander vereinba-

1273 ren können. Quotierung bleibt ein wichtiges Mittel zur Förderung der Geschlechterge-
 1274 rechtigkeit.

1275

1276

1277 **2. Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft**

1278

1279 Die Bundesrepublik Deutschland bedarf der Erneuerung als demokratischer und so-
 1280 zialer Rechtsstaat. Deshalb muss die repräsentative parlamentarische Demokratie
 1281 durch direkte Demokratie erweitert werden. Der Volksentscheid soll dafür ein wichti-
 1282 ges Mittel werden. Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, insbesondere auch
 1283 im Finanzsektor, die Stärkung des Öffentlichen und einer demokratischen Öffentlich-
 1284 keit sind unsere Alternativen zu neoliberaler Privatisierung und einen autoritären Si-
 1285 cherheitsstaat.

1286

1287 **Stärkung der Parlamente und partizipative Demokratie**

1288

1289

1290 Für DIE LINKE gehören politische und soziale, individuelle und kollektive Freiheits-
 1291 und Teilhaberechte zusammen. DIE LINKE will demokratische Kontrolle und Mitbe-
 1292 stimmung in der Wirtschaft und im Staat, in den Massenmedien, in Bildung und Wis-
 1293 senschaften und anderen Gesellschaftsbereichen ausbauen. Betriebe und Beleg-
 1294 schaften dürfen nicht länger die Verfügungsmasse kurzfristiger Finanzinvestoren
 1295 sein. Deshalb setzen wir uns für die Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung,
 1296 für die Durchsetzung des Vetorechts der Belegschaften gegen die Schließung von
 1297 Betrieben ein, die nicht von Insolvenz bedroht sind.

1298

1299 Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, über ihr eigenes Leben selbst zu bestim-
 1300 men, hängt in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen
 1301 des Alltags wie auch der Zukunft der Gesellschaft entschieden. DIE LINKE engagiert
 1302 sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für starkes kommunales
 1303 Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
 1304 Damit Demokratie keine leere Hülle wird, brauchen Kommunen und Staat hinrei-
 1305 chende finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und sozia-
 1306 le Prozesse. Auch deshalb lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge
 1307 und sozialer Sicherungssysteme ab und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigen-
 1308 tums.

1309

1310 DIE LINKE wirkt für eine partizipative Haushaltspolitik, für Bürgerhaushalte als wich-
 1311 tige Form der kommunalen Demokratie. Unsere Vision sind solidarische Bürgerkom-
 1312 munen, in denen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestal-
 1313 ten und die soziale und ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften
 1314 eigenständig in die Hand nehmen.

1315

1316 Die zivilgesellschaftliche Selbstverwaltung ist ein wichtiges Feld für demokratische
 1317 Mitbestimmung. Sie festigt den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemein-
 1318 den. Vereine, Verbände und Initiativen ermöglichen vielen Bürgerinnen und Bürgern,
 1319 Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben in vielfältigen Bereichen zu überneh-
 1320 men. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein zivilgesellschaftliche Akteure, die ge-
 1321 gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, zu fördern. Sie fordert dabei Transparenz und
 1322 öffentliche Kontrolle, um die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu si-

1323 chern. Voraussetzung sind die demokratische Legitimation und eine ausreichende
1324 Finanzierung der übertragenen Aufgaben.

1325

1326 Wir treten für eine Stärkung der Parlamente als demokratische Entscheidungsgremien ein. Dafür brauchen sie entsprechende Rechte und Ressourcen, um auf gleicher Augenhöhe mit Regierungen und Verwaltungen agieren zu können. Auch auf europäischer Ebene brauchen wir eine Stärkung parlamentarischer Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten.

1330

1331
1332 Der Kapitalismus hat die Grundlagen von Demokratie als Herrschaft des Volkes untergraben. Wahlen werden zur Farce, wenn sich die Gewählten ihre Entscheidungen von Großunternehmen und den Vermögenden diktieren lassen und so der demokratischen Kontrolle entziehen. Deshalb fordern wir, dass Wirtschaftsverbände und Unternehmen nicht an Parteien spenden dürfen und es ihnen verboten wird, Abgeordnete in Landtagen, Bundestag oder Europaparlament auf ihren Gehaltslisten zu führen.

1338

1339 Eine lebendige Demokratie muss erweiterte Möglichkeiten direkter demokratischer Entscheidung durch Volksbegehren, Volksentscheide und Volksinitiativen schaffen. Dieses gilt auch für Europaverträge von grundlegender Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, neue Formen einer Politik von unten zu entwickeln. Dazu gehören auch der politische Streik und der Generalstreik.

1344

1345 **Stärkung der individuellen Rechte**

1346

1347
1348 Gegen den Abbau von Bürgerrechten und den Ausbau des Sicherheitsstaates setzen wir auf die Stärkung der individuellen Rechte, den Schutz persönlicher Daten, Partizipationsmöglichkeiten sozialer Organisationen und Bewegungen und auf eine unabhängige demokratische Kontrolle der staatlichen Sicherheitsorgane. Wir unterstützen Initiativen der demokratischen Selbstverwaltung öffentlicher Räume. Wir lehnen den Ausbau des Überwachungsstaates ab und fordern die strikte Trennung und demokratische Kontrolle von Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten. Wir setzen uns ein für gleiche politische und soziale Rechte für alle in Deutschland und der Europäischen Union lebenden Menschen, denn politische und soziale Rechte sind Menschenrechte. Der Rechtsstaat muss sozial werden. Heute ist die Bedingung einer lebendigen Demokratie, dass Gleichheit vor dem Gesetz gesichert ist, materiell nicht erfüllt. Ein Gerichtsverfahren über einen höheren Streitwert kann sich nur leisten, wer über die nötigen finanziellen Mittel verfügt. Dies muss korrigiert werden, damit alle Menschen vor Gericht gleich gestellt sind.

1361

1362 **Einwanderungsland Deutschland**

1363

1364
1365 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir wollen die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten stärken. Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein. Die Förderung der sprachlichen Entwicklung und die Förderung des Bildungserfolges sind dafür ein Schlüssel. Ethnische Minderheiten sollen optimale Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Sprache, Kultur und Identität pflegen zu können.

1371

1372

1373 DIE LINKE setzt sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerken-
 1374 nung der Verschiedenheit aller Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft ein.
 1375 Das erfordert vor allem demokratische Mitbestimmung von Migrantinnen und Migran-
 1376 ten in allen gesellschaftlichen Entscheidungen. Die LINKE setzt sich für das aktive
 1377 und passive Wahlrecht für jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland ha-
 1378 ben, sowie für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle Kinder, die hier
 1379 geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staats-
 1380 angehörigkeit erhalten. Die Einbürgerung muss wieder erleichtert werden. Doppelte
 1381 Staatsbürgerschaften sollten grundsätzlich möglich sein.

1382
 1383 Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung
 1384 geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir fordern die
 1385 Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung
 1386 von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, jede Form von Sondergesetzen wie die Re-
 1387 sidenzpflicht sowie gegen Sammellager. Die unmenschliche Abschottungspolitik der
 1388 EU nach außen ist zu beenden – wir wollen keine Festung Europa.

1389 1390 **Antidiskriminierungspolitik**

1391
 1392 DIE LINKE wendet sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des
 1393 Alters, der Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität
 1394 oder aufgrund körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung. Alle Barrieren – in Mobili-
 1395 tät, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der Kommunikation – wol-
 1396 len wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung bedrohten Menschen und
 1397 ihrer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden. Wir wollen, dass die Vielfalt un-
 1398 terschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet
 1399 und geschützt wird. Ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik ist dringend not-
 1400 wendig und erfordert ein neues Familienbild. Neben verheirateten sind unverheirate-
 1401 te Eltern und Patchwork-Familien und auch die Partnerschaften von Lesben, Schwu-
 1402 len, Bisexuellen und anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen
 1403 einfügen, als Erziehende anzuerkennen. DIE LINKE streitet für eine aktive Antidis-
 1404 kriminierungspolitik, die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und derjeni-
 1405 gen, die nicht den üblichen Geschlechterrollen entsprechen, und die Förderung ihrer
 1406 zivilgesellschaftlichen Strukturen.

1407 1408 **Emanzipatorische Bildung**

1409
 1410 Bildung soll Menschen in die Lage versetzen, als Individuen und gemeinsam mit an-
 1411 deren ein freies, ein sozial verantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu führen
 1412 und die gesellschaftliche Entwicklung aktiv mit zu gestalten. Eine solche emanzipato-
 1413 rische Bildung erfordert Selbstbestimmung der Lernenden und fördert Kreativität, Kri-
 1414 tik- und Handlungsfähigkeit, Solidarität und historisch-politisches Bewusstsein. Sie
 1415 entwickelt die Kompetenzen zur Bearbeitung der gesellschaftlichen und globalen
 1416 Schlüsselprobleme der Menschen.

1417
 1418 In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über den Bil-
 1419 dungserfolg wie hierzulande. Das Bildungssystem mit seiner mehrgliedrigen Struktur
 1420 von höherer und niederer Bildung verstärkt die soziale Auslese und zementiert die
 1421 Bildungsprivilegien der oberen Klassen. Wir wollen das Grundrecht auf Bildung für
 1422 alle durchsetzen und Bildungsbarrieren abschaffen. DIE LINKE will keine Auslese
 1423 und Ausschluss von Kindern und Jugendlichen, sondern ein alle einschließendes,

1424 alle förderndes Bildungssystem, in dem alle Kinder möglichst lange gemeinsam in
 1425 einer Gemeinschaftsschule lernen und alle gefördert werden. Das erfordert auch, das
 1426 Umfeld am Wohl der Kinder und Jugendlichen orientiert zu gestalten: Kommune,
 1427 Stadtteil, Freizeit, Sport und Gruppenleben. Kinderarmut muss beseitigt werden. Wir
 1428 treten für einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung – unabhängig vom Er-
 1429 werbsstatus der Eltern – ein. Hohe Qualität der Bildung erfordert eine Hochschulaus-
 1430 bildung von Erzieherinnen und Erziehern und die Verbesserung ihrer Einkommens-
 1431 verhältnisse.

1432
 1433 Dazu gehören auch durchgehende Mitbestimmung in allen Bereichen und Stufen des
 1434 Bildungswesens, eine stärkere Förderung der Bildungsprozesse im vorschulischen
 1435 Bereich sowie generelle Gebührenfreiheit aller Bildung – von der Kita bis zur Weiter-
 1436 bildung. Darüber hinaus tritt DIE LINKE für eine Strukturreform der Ausbildungsförde-
 1437 rung hin zu einer öffentlich finanzierten Erwachsenenbildungsförderung ein, die allen
 1438 in Aus- oder Weiterbildung befindlichen Volljährigen eine elternunabhängige Förde-
 1439 rung bei jeweils individuellem Bedarf sichert, ohne neue soziale Benachteiligungen
 1440 entstehen zu lassen. Erforderlich sind hierfür umfassende Änderungen im Unterhalts-
 1441 und Steuerrecht, damit auch sozial schlechter gestellte Haushalte entlastet werden
 1442 und finanzstarke Haushalte ihren gesellschaftlichen Beitrag zur Ausbildung junger
 1443 Menschen und zur Weiterbildung leisten. Diese Erwachsenenbildungsförderung ist
 1444 für uns eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung eines lebenslangen
 1445 Rechts auf Bildung für alle. Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie die
 1446 Erwachsenenbildung sind öffentlich und demokratisch zu organisieren. Privatisierun-
 1447 gen sind zu stoppen und rückgängig zu machen. Durch eine viertelparitätische Be-
 1448 setzung der Hochschulgremien wollen wir den Einfluss von Studierenden, Beschäf-
 1449 tigten und akademischem Mittelbau erhöhen.

1450
 1451 Wir fordern ein flächendeckendes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot, da-
 1452 zu ist eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung notwendig. Die Hochschulen
 1453 müssen ausgebaut, die Studierendenzahlen erhöht, Reglementierungen abgebaut
 1454 und Freiräume für kritische Wissenschaften erkämpft werden. Die fortschreitende
 1455 soziale Auslese der Studierenden lehnen wir ab und fordern ein umfassendes BA-
 1456 föG, das als Vollzuschuss statt als Teildarlehen gezahlt wird. Jeder Studierende soll
 1457 das Recht auf ein Masterstudium erhalten. Wir wollen Freiräume für kritische Wis-
 1458 senschaft zurückerobern. Ein Hochschulstudium soll auf die individuelle Berufstätig-
 1459 keit vorbereiten und die Fähigkeit kritischen Denkens entwickeln. Selbstbestimmte
 1460 Weiterbildung muss gesetzlich und finanziell für alle geregelt und durchgesetzt wer-
 1461 den. Das alles erfordert erheblich mehr öffentliche Mittel für Bildung und eine bessere
 1462 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Die staatliche Finanzarchitektur muss
 1463 Bildungsausgaben begünstigen und nicht behindern. Bildung ist ein öffentliches Gut,
 1464 keine Ware!

1465
 1466 **Wissens- und Kulturgesellschaft**

1467
 1468 Bildung, Wissen, soziale Kompetenz, Kreativität, die Fähigkeit, Menschen zu vernet-
 1469 zen und zu begeistern sind zu entscheidenden produktiven Kräften geworden. Durch
 1470 den technologischen Fortschritt ist es heute möglich, global zusammenzuarbeiten
 1471 und gleichzeitig ein hohes Maß an Autonomie zu bewahren. Die Nutzerinnen und
 1472 Nutzer der neuen Medien sind zugleich auch ihre wichtigsten Schöpferinnen und
 1473 Schöpfer. Bildung, Wissen und Kommunikation sind von zentraler Bedeutung in Wirt-
 1474 schaft und Gesellschaft und in demokratischen Prozessen und Entscheidungen.

1475 Doch nicht alle haben die Chance, auf diesen Gebieten Kompetenzen erwerben zu
 1476 können. Daher vertiefen sich scharfe Spaltungen zwischen denjenigen, die über Wis-
 1477 sen verfügen und damit produktiv umgehen können, und denjenigen, denen der Zu-
 1478 gang zu Wissen schwer fällt oder vorenthalten wird.

1479
 1480 Wir wollen eine Wissenschaftsentwicklung, die zu größerer gesellschaftlicher Ver-
 1481 antwortung der Wissenschaftler wie der Anwender führt, und die immer mehr Men-
 1482 schen ermöglicht, an den Erkenntnissen und Ergebnissen teilzuhaben und ihre de-
 1483 struktiven Kräfte auszuschalten. Das schließt die Nutzung der Wissenschaften zur
 1484 Erhaltung und Bewahrung der natürlichen Umwelt ein. Private Monopole über das
 1485 gesellschaftliche Wissen widersprechen demokratischen Prinzipien des freien Zu-
 1486 gangs zur Wissensallmende. Wir lehnen daher eine Privatisierung von Wissen-
 1487 schaftseinrichtungen ebenso ab wie von Bibliotheken, Museen, Theatern und ande-
 1488 ren Stätten des Wissens und der Kultur.

1489
 1490 Emanzipation ist nur möglich auf der Basis einer Kulturgesellschaft. Deshalb treten
 1491 wir für die Förderung der Vielfalt der Träger kultureller Produktion ein, von öffentli-
 1492 chen und gemeinnützigen Institutionen, unabhängigen Verlagen, Studios, Agenturen
 1493 und künstlerischen Produktionsfirmen. Wir wollen das regionale Kulturleben in allen
 1494 sozialen Milieus fördern, Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung aller Alters-
 1495 gruppen gewährleisten und allen den Zugang zu und die Teilhabe an Kultur auch fi-
 1496 nanziell ermöglichen.

1497
 1498 **Demokratisch kontrollierte Medien**
 1499

1500 Viele Menschen haben keinen Zugang zu modernen Medien und können somit nicht
 1501 die Möglichkeiten nutzen, die mit moderner Informationstechnologie verbunden sind.
 1502 Die Massenmedien befinden sich überwiegend im Besitz weniger Konzerne und Fi-
 1503 nanzinvestoren. Sie bestimmen mit, was wir lernen und wissen, worüber wir reden
 1504 und was wir meinen sollten. Mediennutzung und Kontrolle durch Medien überlappen
 1505 sich immer mehr. DIE LINKE kämpft gegen diese Spaltung, gegen Überwachung und
 1506 Kontrolle, für Informations- und Meinungsäußerungsfreiheit und für die Stärkung öf-
 1507 fentlich-rechtlicher Medien.

1508
 1509 DIE LINKE setzt sich ein für die Vielfalt und die Freiheit der Medien wie der moder-
 1510 nen Kommunikationsmittel (Internet), den Schutz kreativer Urheberrechte und die
 1511 freie Nutzung des Internets. Das ist ebenso eine öffentliche Aufgabe wie die Förde-
 1512 rung von frei zugänglicher Software (Open Source), die Beschränkung digitaler Ei-
 1513 gentumsrechte und die Sicherung großer und allgemein zugänglicher digitaler Wis-
 1514 sensbestände. Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den
 1515 Verwertungsunternehmen wollen wir ausbauen und zugleich einen Ausgleich finden,
 1516 damit die nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig eingeschränkt wird. Wir treten
 1517 ein für die Verteidigung und den Ausbau öffentlicher Räume der Information und Kul-
 1518 tur und die Pressefreiheit in den Redaktionen. Die Auseinandersetzung um die öf-
 1519 fentlichen Güter des Wissens und der Kultur entscheidet wesentlich über die Zukunft
 1520 unserer Gesellschaft.

1521
 1522
 1523 **Kirchen und Religionsgemeinschaften**
 1524

1525 Die Linke achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag
 1526 und ihre Unabhängigkeit. In Verkündigung, Seelsorge und Diakonie sind sie eigen-
 1527 ständig und keiner staatlichen Einflussnahme unterworfen. Staat und Kirche sind ge-
 1528 trennt. Allerdings müssen die Grundrechte auch in den Kirchen und ihren Einrichtun-
 1529 gen Geltung haben. Dies gilt insbesondere auch für die Koalitionsfreiheit. Niemand,
 1530 der sich nicht bekennt, darf in irgendeiner Weise benachteiligt werden. Wir wenden
 1531 uns gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion. An den Schulen soll der
 1532 Ethik- und Religionsunterricht der Wissensvermittlung über Religionen dienen und
 1533 die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern. Wir verteidigen
 1534 das Recht aller Religionsgemeinschaften auf freie Religionsausübung. Dabei müssen
 1535 die Grundrechte in den Religionsgemeinschaften Geltung haben.

1536 1537 **Faschismus und Rassismus bekämpfen**

1538
1539 Unsere antifaschistische Praxis ist dem Schwur von Buchenwald verpflichtet: „Die
 1540 Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer
 1541 neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Wir fordern in diesem Sinne
 1542 die politische und strafrechtliche Bekämpfung von Faschismus, Rechtsextremismus,
 1543 Rassismus und Antisemitismus und setzen uns für ein Verbot aller faschistischen
 1544 Organisationen ein. Jeglicher Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus tre-
 1545 ten wir entschieden entgegen. So genannte „national befreite Zonen“ dürfen nicht
 1546 hingenommen werden, sondern müssen durch Aufklärung und gezielte Aktionen zu-
 1547 rückgedrängt und verhindert werden. Gleiches gilt für Nazitreffpunkte und Naziläden.
 1548 Wir setzen uns für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer Bildungsar-
 1549 beit ein.

1550 1551 **3. Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau**

1552
1553 Das 21. Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Verteilungsgerechtigkeit, der nachhal-
 1554 tigen Entwicklung und eines qualitativen und selektiven, die Umwelt schonenden
 1555 Wachstums werden. Dringlich ist, nicht mehr nur auf Umweltschäden nachträglich zu
 1556 reagieren, sondern dafür zu sorgen, dass eine Schädigung der Umwelt von vornher-
 1557 ein vermieden wird. Der Naturschutz muss verstärkt und der Tierschutz konsequent
 1558 durchgesetzt werden.

1559 1560 **Sozial-ökologischer Umbau**

1561
1562 Die Partei DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Eu-
 1563 ropa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe
 1564 in allen Politikbereichen an. Sie will, dass die Produktion von Gütern und Dienstlei-
 1565 stungen nicht mehr den Profit als oberste Maxime hat, sondern an sozial-ökologischen
 1566 Zielen ausgerichtet wird. Für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung
 1567 kommt der drastischen Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen in Deutschland
 1568 absolute Priorität zu. Die Europäische Union sollte international eine ökologische
 1569 Vorreiterrolle übernehmen.

1570
1571 Der sozial-ökologische Umbau erfordert die Herausbildung neuer, mit der Umwelt
 1572 verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps. Sozialer Sicherheit,
 1573 solidarischen zwischenmenschliche Beziehungen, der Gesundheit und der Muße,
 1574 Bildung und Kultur wird dabei ein wachsendes Gewicht zu kommen, ohne asketi-
 1575 schen Lebensstilen das Wort zu reden.

1576 Nachhaltige Verantwortung für die Umwelt bedeutet, dass jedem Menschen auf der
 1577 Erde unter Beachtung der unterschiedlichen natürlichen Lebensbedingungen das
 1578 gleiche Recht auf Nutzung der irdischen Ressourcen zugestanden werden muss. Wir
 1579 fordern ökologische Gerechtigkeit und solidarische Unterstützung der ärmeren Län-
 1580 der der Welt bei der Lösung der Umwelt- und Ernährungsprobleme. Deutschland und
 1581 Europa müssen die Verpflichtungen einhalten, die sie im Rahmen der Entwicklungs-
 1582 ziele der UNO zur Minderung von Armut, Kindersterblichkeit, Analphabetentum, Un-
 1583 terentwicklung und Umweltzerstörung eingegangen sind.

1584

1585 **Energiewende**

1586

1587 Wir setzen uns für eine Energiewende und eine solare Revolution ein. Eine Energie-
 1588 wende ist das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus. Sie verlangt u. a. die För-
 1589 derung und Verbesserung der Energieeffizienz, vor allem aber Einsparungen beim
 1590 Energie- und Rohstoffverbrauch und eine Veränderung des Energiemixes zugunsten
 1591 erneuerbarer Energien. Dies ist nicht nur eine Frage der technologischen Umgestal-
 1592 tung, sondern es werden Änderungen der Produktionsweise und der Art, wie wir le-
 1593 ben, notwendig. Vorzugsregelungen für erneuerbare Energien, für Kraft-Wärme-
 1594 Kopplungen und der Abbau aller Subventionen für atomare und fossile Energieträger
 1595 sind erforderlich. DIE LINKE setzt sich dafür ein, ohne jede Vorbedingungen bis zum
 1596 Jahr 2020 die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland gegenüber 1990 zu halbie-
 1597 ren und auf ihre Senkung um 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts hinzuwirken.

1598

1599 Wir wollen die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demo-
 1600 kratischen Kontrolle unterstellen. Das Energiekartell muss entflochten, die Energie-
 1601 versorgung weitgehend rekommunalisiert, die Energiemonopole müssen schrittweise
 1602 aufgelöst werden. Wir wollen den unverzüglichen Ausstieg aus der Nutzung der A-
 1603 tomenergie. Mittelfristig muss der gesamte Energiebedarf aus regenerativen Quellen
 1604 gedeckt werden. Daher ist es notwendig, den Umbau des Energiesystems der In-
 1605 dustriegesellschaft in Richtung erneuerbarer Energien, von der Photovoltaik über die
 1606 Windenergie, Wasserkraft, Gezeitenenergie bis zur Nutzung von Biomasse zu för-
 1607 dern. Bei letzterer ist darauf zu achten, dass nicht Agrarflächen zur Produktion von
 1608 Agro-Treibstoffen genutzt werden, die dann der Versorgung der Menschen mit Nah-
 1609 rungsmitteln entzogen werden. Dies ist auf nationaler Ebene wichtig, aber mehr noch
 1610 in Europa und in südlichen Agrarländern.

1611

1612 **Regionale Wirtschaftskreisläufe und Verkehrswende:**

1613

1614 Die Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiepolitik, die Struktur- und Regional-
 1615 politik sowie die Verkehrspolitik wollen wir auf den ökologischen Umbau von Wirt-
 1616 schaft und Gesellschaft orientieren. Der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe mit
 1617 minimiertem Material- und Energieverbrauch ist ein wichtiger Weg aus Umweltzerstö-
 1618 rung und Unterentwicklung. Der Öffentliche Personennah- und -fernverkehr muss
 1619 ausgebaut und der Nahverkehr soll mittelfristig für die Nutzer kostenfrei werden. Der
 1620 Güterverkehr ist im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus zu reduzieren und so weit
 1621 wie möglich auf Schiffe und die Schiene umzustellen. Der Flugverkehr ist einzu-
 1622 schränken, vor allem im innerdeutschen und innereuropäischen Verkehr. Es steht ein
 1623 sozialökologischer Umbau der Städte an.

1624

1625 **4. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame**

1626

Entwicklung

1627

1628 DIE LINKE gründet ihre internationalistische Politik auf vier Prinzipien: Frieden durch
 1629 kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähig-
 1630 keit. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umwelt-
 1631 zerstörung. Einsatz für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Uni-
 1632 on. Reform und Stärkung der UNO.

1633

1634 **Frieden in Solidarität statt terroristische Kriege**

1635

1636 Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO
 1637 und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russ-
 1638 lands. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu
 1639 gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach
 1640 Kapitel VII der UN-Charta. Um Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu
 1641 erlangen, ist zunehmend von „zivilmilitärischer Kooperation und von Konzepten zur
 1642 „vernetzten Sicherheit“ die Rede. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militäri-
 1643 schen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische
 1644 Zwecke instrumentalisiert wird.

1645

1646 **Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit**

1647

1648 Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft ist eine
 1649 Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, die sich strikt
 1650 an das in der UN-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen
 1651 hält. DIE LINKE setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes
 1652 Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete und den Umbau der Streitkräfte auf der
 1653 Basis strikter Defensivpotentiale. Die EU und Deutschland müssen auf alle Atomwaf-
 1654 fenoptionen grundsätzlich verzichten und alle in Deutschland stationierten Atomwaf-
 1655 fen müssen abgezogen und vollständig vernichtet werden. Alle Massenvernich-
 1656 tungswaffen sind zu verbieten. Die Europäische Union sollte eine Vorreiterrolle bei
 1657 der zivilen Konfliktprävention einnehmen und dafür die notwendigen Kapazitäten
 1658 schaffen.

1659

1660 Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Es darf
 1661 nicht sein, dass die Infrastruktur in der Bundesrepublik dazu genutzt wird, um völker-
 1662 rechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Verschlep-
 1663 pung von Gefangenen zu ermöglichen.

1664

1665 **Eine demokratische, friedliche und soziale EU**

1666

1667 Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Siche-
 1668 rung des Friedens in Europa, für wirtschaftliche Entwicklung in Europa und die Be-
 1669 wältigung von Wirtschaftskrisen, für die Wahrung der Interessen der Beschäftigten,
 1670 für den sozialökologischen Umbau in Europa und für die Lösung der globalen Her-
 1671 ausforderungen. Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht DIE LINKE für einen
 1672 Politikwechsel in Europa. Wir wollen eine andere, eine bessere EU! Die Europäische
 1673 Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, gerechten und zu einer
 1674 Friedensunion werden.

1675

1676 Die bisherigen Vertragsgrundlagen der EU, zusammengefasst im Lissabon-Vertrag
 1677 von 2009, sind dafür nicht geeignet, weil sie die Durchsetzung der neoliberalen

1678 Grundfreiheiten des Marktes und der Unternehmen in den Mittelpunkt stellen, ~~und~~ auf
 1679 eine weitere Militarisierung setzen und Kapitalverkehrskontrollen untersagen.

1680

1681 Die Europäische Union braucht eine demokratische Neubegründung durch eine Ver-
 1682 fassung, die in allen Ländern durch Volksabstimmungen beschlossen wird. DIE
 1683 LINKE will eine europäische Verfassung, die sich eindeutig auf die Sicherung des
 1684 Friedens, zivile Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet. Eine Verfassung, die
 1685 Demokratie und Menschenrechte für alle verankert. Eine Verfassung, die Umwelt und
 1686 Kultur schützt. Eine Verfassung, die keine ordnungspolitischen Festlegungen zur
 1687 Wirtschaftsweise der EU vornimmt und die soziale Rechte und das Sozialstaatsprin-
 1688 zip verankert, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Wir wollen eine Europäi-
 1689 sche Union mit einem starken Europäischen Parlament und transparenten Entschei-
 1690 dungsprozessen in allen europäischen Institutionen und mehr unmittelbarer
 1691 Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.

1692

1693 Wir wollen eine Europäische Zentralbank, die demokratisch kontrolliert wird und die
 1694 neben der Preisstabilität auf die Ziele von Vollbeschäftigung und Nachhaltigkeit ver-
 1695 pflichtet ist. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhal-
 1696 tige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt
 1697 werden. Statt ruinöser Standortkonkurrenz, statt Sozial-, Steuer- und Lohndumping
 1698 fordern wir eine europäische Wirtschaftsregierung. Sie muss durch eine koordinierte
 1699 Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für qualitatives Wachstum, Vollbeschäftigung
 1700 durch gute Arbeit, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie den Erhalt und Aus-
 1701 bau öffentlicher Dienste und Güter sorgen.

1702

1703 So wie in der EU der Wettbewerb kontrolliert wird, müssen auch die Einhaltung von
 1704 sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet werden.
 1705 Um Steuerdumping zu verhindern, sind eine Vereinheitlichung und breite Gestaltung
 1706 der Bemessungsgrundlagen und hohe Mindeststeuersätze ~~auf hohem Niveau~~ not-
 1707 wendig. DIE LINKE tritt für eine Sozialformel als EU-Primärrecht ein.

1708 DIE LINKE fordert, dass in der EU die Dienstleistungen zu den Bedingungen des
 1709 Landes angeboten werden, in dem sie erbracht werden.

1710

1711 **Internationale Zusammenarbeit und Solidarität**

1712

1713 Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die Entwicklungsperspekti-
 1714 ven für die ärmeren Länder schafft, globale und soziale, ökologische und demokrati-
 1715 sche Rechte durchsetzt, statt die Konkurrenz um Anteile an weltweiten Exportmärk-
 1716 ten voran zu treiben. Direktinvestitionen und transnationale Konzerne müssen
 1717 strengen Regeln und Kontrollen unterworfen werden. Die Einhaltung sozialer und
 1718 ökologischer Standards muss gewährleistet sein. Internationale Institutionen müssen
 1719 demokratisiert werden.

1720

1721 Solidarische Entwicklung und Frieden bedingen einander. Öffentliche Entwicklungs-
 1722 zusammenarbeit muss endlich in Höhe von mindestens 0,7 Prozent des Bruttoin-
 1723 landsprodukts geleistet werden, wie es bereits vor Jahrzehnten vereinbart wurde.
 1724 Insbesondere jene Länder, die von Unterentwicklung, Staatszerfall und Bürgerkrieg
 1725 besonders betroffen sind, müssen gestärkt werden. Dazu können Maßnahmen wie
 1726 ein Schuldenerlass, die schnelle Steigerung der Entwicklungshilfe, die Unterstützung
 1727 bei dem Aufbau leistungsfähiger öffentlicher Dienste, insbesondere in den Bereichen

1728 von Bildung, Gesundheit und Daseinsvorsorge sowie rechtsstaatlicher demokrati-
1729 scher Strukturen und ein geeigneter Technologietransfer beitragen.

1730

1731 Der sozialökologische Umbau des 21. Jahrhunderts wird nur global und solidarisch
1732 gelingen. Allein die Abwendung einer Klimakatastrophe erfordert nach Experten-
1733 schätzungen jährlich rund 100 Milliarden Unterstützungsleistungen des Nordens für
1734 den Süden – zusätzlich zu der längst überfälligen Bereitstellung von 0,7 Prozent des
1735 Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder für die Entwicklungshilfe. DIE LINKE for-
1736 dert, dass die Bundesrepublik und die Europäische Union ihren finanziellen und
1737 technischen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Anpassung an den Klimawandel
1738 in den Entwicklungsländern sowie zu dessen Begrenzung ohne jede Vorbedingun-
1739 gen in der notwendigen Höhe leisten. Umwelttechnologien sollen Entwicklungslän-
1740 dern unentgeltlich oder zu günstigsten Sonderbedingungen zur Verfügung gestellt
1741 werden. Wir wenden uns strikt gegen jede Verlagerung energie- und ressourcenauf-
1742 wändiger Produktion aus dem Norden in den Süden.

1743

1744 Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-Beziehungen sowie regionale Märkte und die
1745 kleinbäuerliche Produktion stärken, die Verarbeitung der Rohstoffe in den Entwick-
1746 lungsländern fördern, für faire Preise auf den Weltmärkten sorgen, Geschlechterge-
1747 rechtigkeit als entwicklungspolitischen Schwerpunkt begünstigen und die Bildung von
1748 Mädchen und Frauen fördern. Durch die Regulierung der Finanzmärkte und den Auf-
1749 bau regionaler Reserven soll die Spekulation mit Nahrungsgütern unterbunden wer-
1750 den. Importe von Agrarrohstoffen zur Biospritproduktion müssen ausgeschlossen
1751 werden. Wir sind gegen die Subvention von Exporten in die Entwicklungsländer und
1752 treten dafür ein, sie bei der Sicherstellung ihrer Ernährungssouveränität zu unterstüt-
1753 zen. Energiepartnerschaften der EU mit Ländern im globalen Süden sollten im Inte-
1754 resse eines gemeinsamen Einstiegs in die Energiewende gestaltet werden. Vorha-
1755 ben, die die Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung
1756 erschweren, müssen gestoppt werden.

1757

1758

1759 **V. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft**

1760

1761 DIE LINKE hat begonnen, die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik zu
1762 verändern. Sie trägt dazu bei, dass die Kämpfe um höhere Löhne, ein öffentliches
1763 Zukunftsinvestitionsprogramm, ein gebührenfreies Studium, soziale Sicherheit, eine
1764 nachhaltige Energiepolitik und den Schutz der natürlichen Umwelt, um Demokratie
1765 und Frieden mit neuer Kraft geführt werden. Die Politik kann heute nicht mehr von
1766 einem Kartell der neoliberalen Parteien beherrscht werden.

1767

1768 DIE LINKE steht in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu
1769 Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistischer Politik und Krieg. Sie streitet
1770 für eine demokratische und soziale, emanzipatorische und friedliche Gesellschaft. Mit
1771 der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand und dem Einsatz für eine grund-
1772 legende Umgestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialistischen Gesell-
1773 schaft. Dabei knüpfen wir an den sozialstaatlichen, rechtsstaatlichen und demokrati-
1774 schen Errungenschaften sowie ökologischen Regulierungen an, die in den sozialen
1775 und politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit bereits durchgesetzt wur-
1776 den. Wir wollen sie weiter entwickeln und als Ausgangspunkt für weitergehende Ver-
1777 änderungen nutzen.

1778

1779 Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der
 1780 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung
 1781 der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche
 1782 Politik durchzusetzen. Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentumsver-
 1783 hältnisse an.

1784

1785 **Breite linke Bündnisse**

1786

1787 Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene
 1788 durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinander-
 1789 setzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich. Sozialer
 1790 Wandel und politische Veränderung müssen aus der Gesellschaft erwachsen und
 1791 von vielen Menschen getragen werden. Wir ringen daher um ein breites gesellschaft-
 1792 liches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demo-
 1793 kratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung
 1794 der Gesellschaft.

1795

1796 Dieses Bündnis soll sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie bedrohte
 1797 Mittelschichten und andere sozial, libertär und humanitär orientierte Milieus anspre-
 1798 chen. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig Arbeitender, Erwerbs-
 1799 loser und diskriminierter Menschen in Deutschland sowie im europäischen und inter-
 1800 nationalen Maßstab und ihren konkreten Problemen aus. Wir wollen ein Bündnis von
 1801 Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, so-
 1802 zialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der
 1803 parteipolitischen Linken entwickeln. Wir unterstützen Zusammenschlüsse gegen
 1804 Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit und wollen
 1805 mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und
 1806 mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen.

1807

1808 Besonders wichtig sind dabei starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig
 1809 handelnde Gewerkschaften. Gewerkschaften unterscheiden sich von allen anderen
 1810 sozialen Kräften und Bewegungen dadurch, dass sie nicht nur in der Zivilgesellschaft
 1811 agieren, sondern ihre Verankerung in der Arbeitswelt haben. Dies verleiht den ge-
 1812 werkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die
 1813 andere soziale Gruppen nicht haben und die von zentraler Bedeutung für die Durch-
 1814 setzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.

1815

1816 Ausgehend von ihrer Funktion als linker Partei bringt DIE LINKE ihre eigenen Kom-
 1817 petenzen in politische Bündnisse ein und unterstützt sie mit ihren Ressourcen. Als
 1818 Partei greifen wir die Anliegen und Aktivitäten unserer politischen Partner auf und
 1819 nehmen unsere eigenen Funktionen wahr. Wir bestärken unsere Mitglieder, in Ge-
 1820 werkschaften, sozialen Organisationen, Initiativen, Projekten und globalisierungskriti-
 1821 schen Bewegungen aktiv mitzuwirken.

1822

1823 Wir wollen Menschen ermutigen, sich gegen Politik zur Wehr zu setzen, die ihren In-
 1824 teressen widerspricht - mit Demonstrationen, Bürgerbegehren und zivilem Ungehör-
 1825 sam, aber auch mit den Mitteln politischer Streiks und des Generalstreiks. Letztere
 1826 gehören, wie andere europäische Länder zeigen, zu den wirksamsten Kampfformen,
 1827 um den Herrschenden und dem Kapital Grenzen zu setzen und Veränderungen zu
 1828 erzwingen.

1829

1830 Wir werden gemeinsam mit anderen linken Kräften an zentralen alternativen Projek-
 1831 ten des Einstiegs in eine andere Entwicklungsrichtung gesellschaftlicher Entwicklung
 1832 arbeiten und sie mit Nachdruck vertreten. Solche Projekte erwachsen aus den sozia-
 1833 len und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart und müssen in öffentli-
 1834 chen Diskussionen und in Aktionen unterschiedlichster Kräfte entwickelt werden. Die
 1835 Verbindung von demokratischem und sozialem Protest, die politische Mitgestaltung
 1836 in der Gegenwart und die Entwicklung von langfristigen Reformalternativen verstehen
 1837 wir als strategische Herausforderung.

1838

1839 **Auseinandersetzung mit neoliberaler Ideologie:**

1840

1841 DIE LINKE setzt der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen
 1842 Entwicklungsweges entgegen. Diese wollen wir mit den Erfahrungen und Konflikten
 1843 in den Betrieben, den Kommunen und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentli-
 1844 chen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die Zuspitzung der wirt-
 1845 schaftlichen und sozialen Probleme verstehen wir vor allem als Ergebnisse neoliberal
 1846 geprägter Antworten auf die neuen Herausforderungen unter dem Einfluss von Kapi-
 1847 talinteressen sowie als Ausdruck von Krisenprozessen und Widersprüchen, die die
 1848 kapitalistische Ökonomie hervorbringt. Dabei macht DIE LINKE den Widerspruch
 1849 zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive deutlich. Es
 1850 geht um kritische Auseinandersetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit
 1851 angelegte Bildungsarbeit, um das Engagement in Netzwerken und die Beteiligung an
 1852 wissenschaftlichen und publizistischen Diskussionen.

1853

1854 **Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen:**

1855

1856 Parlamentarische und außerparlamentarische politische Arbeit sind für DIE LINKE
 1857 untrennbar. In Wahlen und politischen Kämpfen vertreten wir unsere alternativen Re-
 1858 formprojekte und wollen Mehrheiten für ihre Durchsetzung gewinnen. Die parlamen-
 1859 tarische Arbeit gestalten wir so, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamenta-
 1860 rischen linken Kräften und der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge
 1861 und damit letztlich der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und
 1862 politischer Mehrheiten dient. Wir bemühen uns um Transparenz politischer Prozesse
 1863 und wollen Missbrauchs politischer Macht aufdecken und verhindern.

1864

1865 Parlamentarische Opposition wie auch das Wirken in Regierungen sind für DIE
 1866 LINKE Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung. Der Kampf für
 1867 die Verbesserung der Lage von Benachteiligten, die Entwicklung und Durchsetzung
 1868 linker Projekte und Reformvorhaben, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die
 1869 Einleitung eines Politikwechsels sind der Maßstab für den Erfolg unseres politischen
 1870 Handelns. Parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften gehen wir
 1871 dann ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel in Politik und Ge-
 1872 sellschaft fördert. Den unterschiedlichen Möglichkeiten politischen Wirkens auf kom-
 1873 munaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene tragen wir in unserer Politik
 1874 Rechnung. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist dabei die
 1875 bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig
 1876 sind, hier erfolgen die meisten Weichenstellungen.

1877

1878 Voraussetzung für die Ausstrahlung, den Rückhalt und den Erfolg der LINKEN ist
 1879 Glaubwürdigkeit. Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur dann sinnvoll, wenn
 1880 sie reale Verbesserungen und eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchset-

1881 zen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten. So lässt sich die
 1882 politische Kraft der LINKEN und der sozialen Bewegung stärken und das bei vielen
 1883 Menschen existierende Gefühl von Ohnmacht und Alternativlosigkeit zurückdrängen.
 1884 Regierungsbeteiligungen sind konkret unter den jeweiligen Bedingungen zu diskutie-
 1885 ren und an verbindliche Kriterien zu binden.

1886
 1887 DIE LINKE strebt nur dann eine Regierungsbeteiligung an, wenn wir hierdurch eine
 1888 Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen können. Sie wird
 1889 sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Ar-
 1890beitsplatzabbau betreibt. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE auf Bundesebene
 1891 nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundes-
 1892wehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt. Notwendige
 1893 Bedingungen sind weiterhin die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns und
 1894 der Kampf gegen Lohndumping und untertarifliche Bezahlung. DIE LINKE verlangt
 1895 eine Politik, um die sozialen und kulturellen Bildungsprivilegien zu überwinden und
 1896 die Lage der ärmeren Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Sie setzt sich für den
 1897 Ausbau demokratischer Rechte ein und wehrt sich gegen den Überwachungsstaat
 1898 und weitere Beschneidungen der Bürgerrechte.

1899
 1900 Linke Politik muss sich stets, auch und gerade in Regierungen, auf die Gewerkschaf-
 1901ten und anderen sozialen Bewegungen und die Mobilisierung außerparlamentari-
 1902schen Drucks stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen
 1903 und parlamentarischer Logik zu unterliegen. Wir wollen die Menschen ermutigen,
 1904 selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.

1905 1906 **Ein neuer Politikstil**

1907
 1908 DIE LINKE steht für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen
 1909 Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung. Sie ist immer nur so stark, wie sie in der
 1910 Gesellschaft verankert ist und gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke Politik in
 1911 Parlamenten braucht treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische
 1912 Mobilisierung. Frauen müssen DIE LINKE als Vertreterin ihrer Interessen erleben und
 1913 in ihr einen politischen Raum finden, in dem sie ungehindert durch patriarchale Ge-
 1914schlechterverhältnisse für politische Veränderungen streiten können. Berufspolitike-
 1915rinnen und Berufspolitiker arbeiten eng mit den ehrenamtlich für DIE LINKE aktiven
 1916Kräften zusammen. Alle Landtags- und Bundestagsabgeordnete sind verpflichtet,
 1917Angaben über Herkunft und Höhe ihrer Einkünfte zu veröffentlichen. Kein Parla-
 1918mentsmitglied darf während der Ausübung des Mandats auf der Lohnliste eines Un-
 1919ternehmens oder Wirtschaftsverbandes stehen. Unsere Partei nimmt keine Spenden
 1920 von Konzernen und Banken entgegen.

1921 1922 **Europäische und internationale Zusammenarbeit**

1923
 1924 Die Partei der Europäischen Linken ist ein wichtiger Faktor im politischen Leben Eu-
 1925ropas. Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung
 1926der Linken und kann die Kräfteverhältnisse in Richtung eines sozialen, demokrati-
 1927schen und friedlichen Europa verschieben. Wir setzen uns für den intensivierten Er-
 1928fahrungsaustausch, die enge Zusammenarbeit und einen wirksamen politischen
 1929Kampf linker Kräfte in Europa und weltweit ein. Als Teil der Europäischen Linkspartei
 1930kämpfen wir für die Stärkung europäischer Kräfte für eine soziale, demokratische und
 1931zivile Neuausrichtung und Neubegründung der Europäischen Union.

1932
 1933
 1934
 1935
 1936
 1937
 1938
 1939
 1940
 1941
 1942
 1943
 1944
 1945
 1946
 1947
 1948
 1949
 1950
 1951
 1952
 1953
 1954
 1955
 1956
 1957
 1958
 1959
 1960
 1961
 1962
 1963

Innerparteiliche Demokratie und Solidarität

DIE LINKE versteht sich als lernende Partei. Sie will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen einer besseren Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen können. Wir wollen durch das bessere Argument – öffentlich, transparent, kulturvoll und demokratisch – streiten, Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen, eigene entwickeln und breite gesellschaftliche Schichten erreichen und Mehrheiten gewinnen. Die Potenziale der LINKEN liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und Lebenserfahrung.

Politische Beteiligung und Interesse entstehen durch selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Handeln und demokratische Mitbestimmung bei der Gestaltung und Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse. Diese Vision wollen wir auch in der eigenen Partei leben. DIE LINKE entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von gewählten Führungsgremien und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Pluralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei. Bei politischen Richtungsentscheidungen muss DIE LINKE in der Partei und unter Beteiligung ihrer außerparlamentarischen Basis diskutieren und in bindenden Mitgliederentscheidungen klären, wie sie sich verhält.

Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft

Immer mehr Menschen lehnen den ungehemmten Kapitalismus ab und wollen eine Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit und der Solidarität. Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus. Die Alternative ist nicht „Freiheit oder Sozialismus“, sondern Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Gemeinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere Gesellschaft aufbauen.